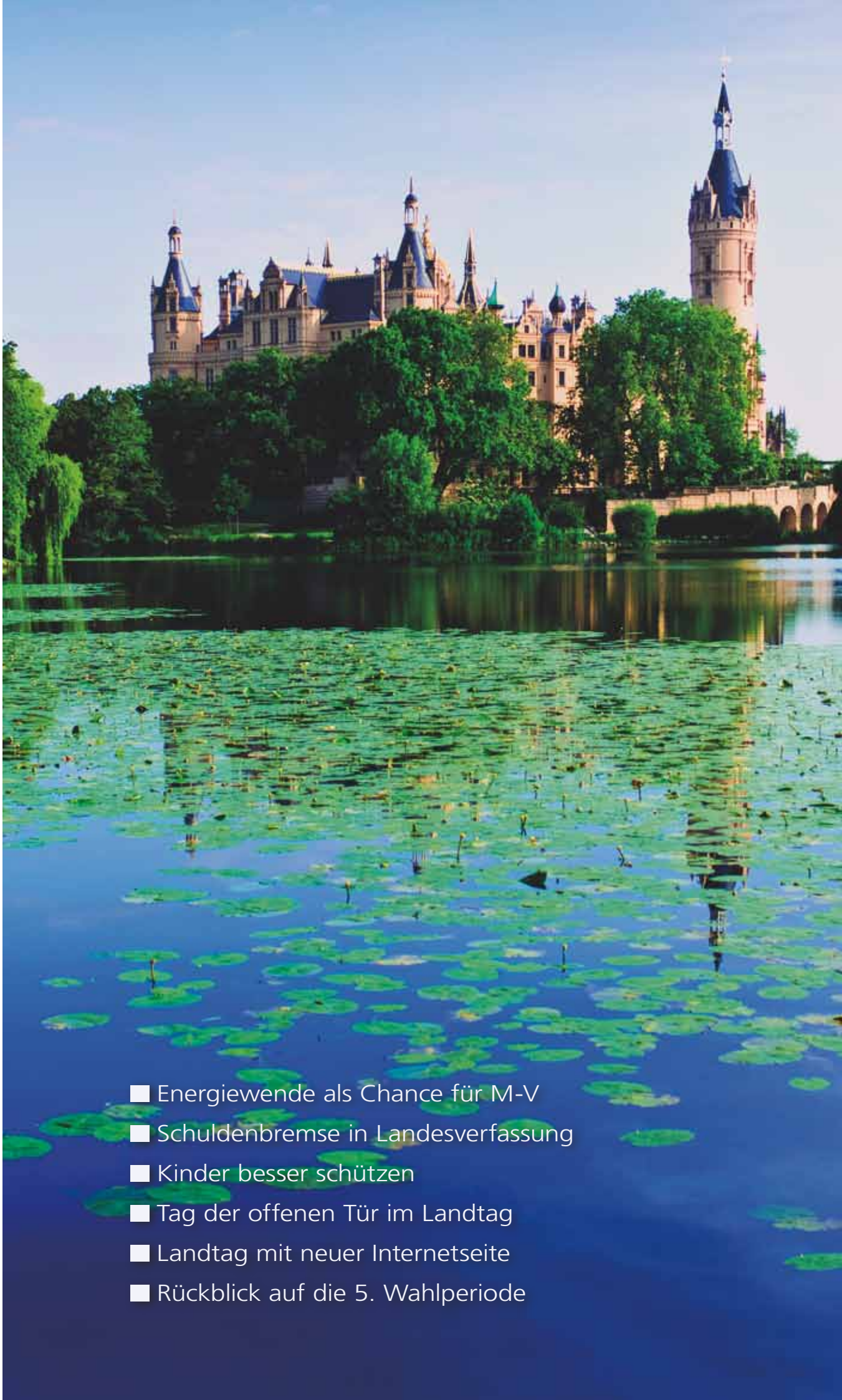


LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



22. Juli
6 / 2011



- Energiewende als Chance für M-V
- Schuldenbremse in Landesverfassung
- Kinder besser schützen
- Tag der offenen Tür im Landtag
- Landtag mit neuer Internetseite
- Rückblick auf die 5. Wahlperiode

Seite 3

Spezial

Endspurt im Landtag

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**

Die Energiewende - Chancen für M-V

Seiten 6 – 13

Weitere Themen:

Schuldenbremse
in die Landesverfassung
Reform der Lehrerbildung
Schutz der Kinder und Jugendlichen
Abschlussbericht der
Enquete-Kommission
Abschlussbericht zum Landesprogramm „Demokratie und Toleranz“
Weitere Beschlüsse

Seiten 14 – 15

Aus den Ausschüssen

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum

Seite 16 – 17

SpezialRückblick auf die Wahlperiode
Interview mit Landtagspräsidentin
Sylvia Bretschneider

Seite 18 – 28

SpezialRückblick auf die Wahlperiode
Wichtige Beschlüsse und Ereignisse

Seite 29 – 35

Panorama

Tag der offenen Tür im Landtag
Sommerfest des Landtages
Umweltpreis des Landtages
Petermännchen zieht um
Lichtinszenierung Schloss
Direktorentagung

Titelfoto (Jörn Lehmann)

Blick vom Burgsee
auf das Schweriner Schloss**Impressum**

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Ein bisschen Regenbogen ...



■ Keine Frage, in der ersten Legislatur über fünf Jahre wurde im Landtag ein größerer Berg an Arbeit bewältigt als in den Vier-Jahres-Perioden zuvor. Allerdings muss man auch sagen, dass die Statistik eine quantitative Steigerung über eine Jahres-Scheibe hinaus nicht hergibt. Es war schlicht ein Jahr mehr Zeit für zusätzliche 19 Gesetze, 120 Ausschusssitzungen, 45 Landtagssitzungen. Diese Quantität sagt noch nichts über die Qualität der 5. Wahlperiode aus.

Die Parlamentsarbeit ist schwieriger, manchmal anstrengender, auf alle Fälle umfassender geworden. Davon zeugt die Verdoppelung der Drucksachen, die Verzwanzigfachung der Ordnungsrufe. Davon zeugen Sitzungsausschlüsse und Wortentziehungen ausschließlich für die Fraktion Rechtsaußen. Das sagt einiges über die neue Qualität der Auseinandersetzung im Landtag aus. Wobei „neue Qualität“ hier einen falschen Eindruck erweckt, weil das eine positive Entwicklung impliziert. Davon kann nicht die Rede sein.

Unbequem für die Regierungsparteien – aber für das Parlament ein Befreiungsschlag aus der starren Rollenverteilung in der Parteienroika vergangener Legislaturperioden – ist der Einzug der FDP in den Landtag. Dafür, dass deren Fraktionschef Michael Roolf manch' anderem Amts-Kollegen herzlich verhasst war, können wir Politik-Beobachter und -berichterstatter nur danken. Er wird dem Konstrukt des lebendigen Landtages fehlen. Man kann dem Parlament nur wünschen, dass es sich auch in der nächsten Legislatur auf ein möglichst breites demokratisches Parteienspektrum stützen kann. Ein bisschen Regenbogen tut gut. Allerdings: Braun ist keine Regenbogenfarbe.

Etwas mehr Souveränität wünscht sich der Wähler wohl auch beim Umgang des Parlaments mit der eigenen Vorbildrolle. Das Kleben am Abgeordnetensessel hat verhindert, dass über eine Parlamentsverkleinerung auch nur nachgedacht wurde. Man muss nicht dem Benchmarking des Landesrechnungshofes folgen, der ausgerechnet hat, dass in Mecklenburg-Vorpommern mit 23.442 Einwohnern je Landtagsabgeordneten nach dem Saar-

Max-Stefan Koslik berichtet seit 20 Jahren über Landtag und Landespolitik. Der Autor ist Gründungs- und Vorstandsmitglied der Landespressekonferenz. Er leitet die mv:m Redaktion, die für die „Schweriner Volkszeitung“, den „Nordkurier“ und die „Norddeutschen Neuesten Nachrichten“ den Mantel-Teil fertigt.

land die höchste Einwohner-Parlamentarier-Relation besteht. In Niedersachsen sind es 52.000, in NRW 99.000 Einwohner. Aber wenn man das Benchmarking des Rechnungshofes für die Argumentation einer Kreisreform heranzieht, macht man sich unglaublich, dies in eigener Sache zu verweigern. Eine Parlamentsreform sollte auf alle Fälle in der nächsten Legislatur ganz vorne auf der Debattenliste stehen. Es mag ja sein, dass es wichtige Gründe dagegen gibt. Es kann aber nicht sein, dass diese von der Öffentlichkeit erhobene Forderung, die auch vom ersten Landtagspräsidenten Rainer Prachtl mehrfach aufs Tapet gehoben wurde, gar nicht debattiert wird.

Die Länge dieser ersten Fünf-Jahres-Legislatur lässt auf alle Fälle einen Rückblick angeraten sein. Wer denkt schon noch daran, dass der G8-Gipfel mit allen seinen Finanz-Debatten und Ängsten der Parlaments-Opposition am Anfang der Legislatur stand? Welche Aufregung und was für ein Meisterstück – was auch immer man über den politischen Wert eines solchen Welt-Gipfels denken mag. Eine Volksinitiative führte gleich im ersten Jahr zu einer Verfassungsänderung mit einer Verpflichtung zu Frieden und Gewaltfreiheit als ausdrückliches Staatsziel. Und in einer hastigen Aktion wurde ganz zum Schluss der Legislatur die Verfassung ein zweites Mal novelliert ... Es ging um die Schuldenbremse. Die Liberalisierung der Ladenöffnung, das Rauchverbot in M-V, ein neues Schulgesetz (nun gut, das gehört zur Bilanz jeder Legislatur) – ja, und ein neues Finanzausgleichsgesetz beschäftigten den Landtag. Leider war dessen Qualität nicht so gut, dass es eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht bestanden hätte. Auch über die neue Kreisreform entscheidet nun ganz zum Schluss das Verfassungsgericht. Schade, dass es nicht zu einem Konsens zwischen Land und Kommunen gekommen ist.

Max-Stefan Koslik

Endspurt im Landtag

Sitzungsmarathon zum Ende der Wahlperiode

■ Die Abgeordneten des Landtages beendeten die 5. Legislaturperiode mit einer Marathon-Sitzung. Wegen der Themenfülle waren für die letzte Zusammenkunft vor Sommerpause und Landtagswahl gleich vier Sitzungstage anberaumt. Vom 28. Juni bis 1. Juli standen 48 Tagungsordnungspunkte auf dem Programm, darunter 17 Gesetzesnovellen.

Zu den wichtigsten Entscheidungen gehörte gleich die erste: Mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit hat der Landtag eine Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert. Damit ist das Land verpflichtet, ab 2020 ohne Kredite auszukommen und somit die Haushaltspolitik der zurückliegenden Jahre fortzusetzen. Zwar ist eine Schuldenbremse im Grundgesetz festgeschrieben worden und damit verpflichtend für alle Bundesländer. Mit der zusätzlichen Selbstverpflichtung in der Landesverfassung erhält sich das Land zugleich die Möglichkeit, bei unvorhersehbaren Katastrophen oder Krisen zur Bewältigung notfalls doch Kredite aufnehmen zu können.

In der Aktuellsten Stunde am Mittwoch erörterte das Parlament die Chancen des Landes, die sich aus der Energiewende ergeben. An diesem Tag wurde auch das Vergabegesetz verabschiedet, um das lange gerungen worden war. Mit dem Gesetz wird die Vergabe öffentlicher Aufträge an tarifliche Standards gebunden.

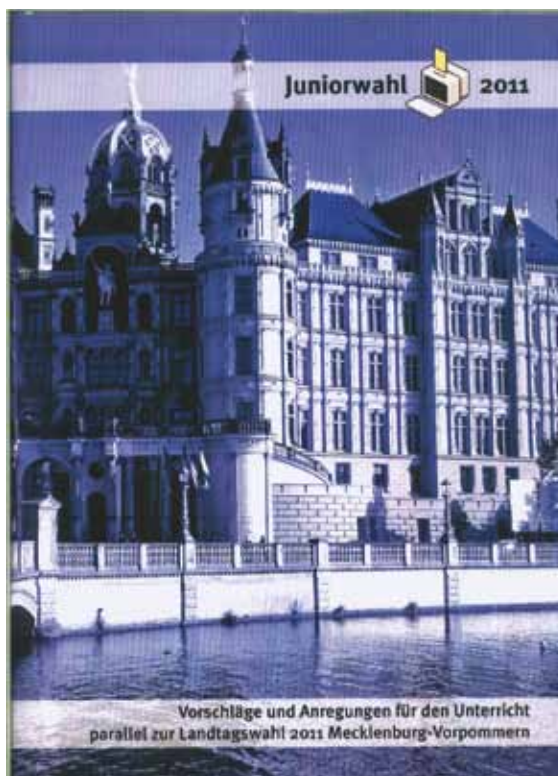
Am Donnerstag legte der Bürgerbeauftragte des Landes dem Plenum seinen Bericht für das Jahr 2010 vor. Die Landtagspräsidentin unterrichtete die Abgeordneten unter anderem über die Ergebnisse einer Konferenz der Parlamentspräsidenten in Stuttgart. Die Landesregierung wiederum berichtete über die Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“.

Am letzten Sitzungstag der Wahlperiode standen insgesamt zwölf Debatten auf der Agenda. Dieser Tag wird sowohl negativ als auch positiv in die Chronik des Parlaments eingehen. Die NPD provozierte einen in den vergangenen 20 Jahren beispiellosen Eklat, auf den Sitzungsleiterin Sylvia Bretschneider entsprechend der Geschäftsordnung nur mit dem zum Teil mehrtägigen Sitzungsausschluss von drei NPD-Abgeordneten reagieren konnte. Außerdem musste sie die Besuchertribüne räumen lassen.

So fand denn auch eine herausragende Debatte komplett ohne

Beteiligung der NPD statt, obwohl andere NPD-Abgeordnete hätten teilnehmen können. In einem gemeinsamen Antrag haben sich die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP in großer Einmütigkeit für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch und sexueller Gewalt ausgesprochen.

Am Schluss dieser arbeitsreichen Plenarsitzungswoche dankte Sylvia Bretschneider einer Reihe von Abgeordneten, die dem Landtag zum Teil seit 1990 angehört haben und sich nun nicht mehr zur Wiederwahl stellen, für ihre Arbeit. Allen voran dem langjährigen Ministerpräsidenten Dr. Harald Ringstorff. „Wir verlieren mit dem Ende dieser Wahlperiode die herausragende politische Persönlichkeit, die den Landtag und das Land Mecklenburg-Vorpommern in diesen fast 21 Jahren am intensivsten und nachhaltigsten geprägt hat“, würdigte die Landtagspräsidentin das Wirken des SPD-Politikers. Ringstorff sei für viele Menschen in diesem Land der Landesvater gewesen. „Ich danke Ihnen im Namen des Landtages für Ihr Wirken, für das, was Sie für dieses Land getan haben“, sagte Bretschneider unter dem Beifall von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP.



Auch wenn mit Ende der 127. Sitzung des Landtages die parlamentarische Sommerpause eingeläutet wurde, gönnen sich viele Abgeordnete höchstens einen Kurzurlaub. Zumindest für diejenigen, die sich am 4. September erneut um einen Platz im „schönsten Landtagssitz Deutschlands“ bewerben, steht Wahlkampf auf dem Programm.

Den werden übrigens auch viele Schülerinnen und Schüler im Land aufmerksam verfolgen. Über 80 Schulen beteiligen sich an dem Projekt Juniorwahl – das sind doppelt so viele wie vor fünf Jahren! Mit Unterstützung ihrer Lehrer beschäftigen sich gleich nach den Sommerferien mehrere tausend Schüler im Unterricht mit den Themen Wahlen und Demokratie, studieren die Wahlprogramme der Parteien, bilden Wahlvorstände, legen Wählerverzeichnisse an, verteilen Wahlbenachrichtigungen und

führen schließlich eine Online-Wahl durch. Unterstützt werden die Schulen dabei von engagierten jungen Menschen des Kumulus e. V. Berlin, die dieses Projekt seit mehreren Jahren sehr erfolgreich parallel zu Bundestags- und Europawahlen sowie zu zahlreichen Landtagswahlen organisieren. Die Ergebnisse der Juniorwahl in Mecklenburg-Vorpommern werden – wie auch die „richtigen“ Wahlergebnisse – am 4. September um 18 Uhr bekannt gegeben.

Aber noch sind Ferien – übrigens auch für die LandtagsNachrichten. Die nächste Ausgabe erscheint Mitte September – dann aktuell mit den Ergebnissen der Landtagswahl!

Energiewende als Chance

Aktuelle Stunde zu Ökoenergiezielen und Rahmenbedingungen

■ „Die Energiewende – Chancen für Mecklenburg-Vorpommern“ war das Thema der Aktuellen Stunde, das die SPD für die Sitzung am 29. Juni gewählt hatte. Im Grundsatz waren sich die Abgeordneten einig, bei den Details gab es konträre Ansichten.

Fotos: Susanne Balewski



Gottfried Timm (SPD)

Die SPD nahm die Ökoenergie-Ziele der eigenen Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern unter die Lupe. Im Konzept „Energieland 2020“ von SPD und CDU seien die erneuerbaren Energien unterbewertet worden, sagte der SPD-Umweltexperte **Dr. Gottfried Timm**, der die Debatte eröffnete. So sei im Jahr 2009, dem Erscheinungsjahr des Konzepts, im Land bereits doppelt so viel Strom aus Biogas erzeugt worden, wie in dem Papier für das Jahr 2020 vorgesehen. Dasselbe gelte für die Solarenergie. Diese dynamische Entwicklung sei positiv, genau wie die Reaktionen aus Wirtschaft und Gesellschaft zum SPD-Leitbild „Neue Energiepolitik“. Timm äußerte die Erwartung, dass der nächste Landtag, der am 4. September gewählt wird, „noch einmal ganz neu“ über die energiepolitische Ausrichtung des Landes entscheiden werde.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** betonte, die Energiewende in Deutschland müsse gerecht ausgestaltet werden, die Kosten müssten fair verteilt werden. Es könne nicht sein, dass in Gegenden, wo viel Öko-Strom erzeugt wird, die Netzkosten am höchsten seien. Vom Ausbau der erneuerbaren Energien erwarte er einen „Riesenschub“ für das Land. Berech-



Ministerpräsident Erwin Sellering

nungen gingen von bis zu 22.000 Stellen für Mecklenburg-Vorpommern aus. „Jetzt werden entscheidende Weichen gestellt, und wir wollen natürlich, dass diese Weichenstellungen einen guten Weg für uns in Mecklenburg-Vorpommern eröffnen“, sagte der Ministerpräsident. Er habe ein Fünf-Punkte-Programm vorgeschlagen und dafür bereits Zustimmung bei den Regierungschefs der norddeutschen Länder geerntet.



Helmut Holter (DIE LINKE)

Das sieht **Helmut Holter**, Fraktionschef der Linken, ähnlich: „Ich bin der Überzeugung, dass auch die Investitionen, die notwendig sind für diese Energiewende, sowohl in die Netze, sowohl in die Forschung als auch in den Ausbau von Ka-

pazitäten, nicht bei der Wirtschaft alleine und schon gar nicht beim Land Mecklenburg-Vorpommern hängen bleiben dürfen.“ Die Kosten müssten gleichmäßig auf die deutschen Länder verteilt werden. Mit der Energiewende, so Holter, werden auch neue Arbeitsplätze geschaffen. „Die Frage ist, ob wir auch sehr schnell die Anerkennung neuer Berufsfelder erreichen, neue Ausbildungsberufe entwickeln, damit tatsächlich diejenigen, die auf diesen Stellen arbeiten, als Fachkräfte dann auch entlohnt werden.“ Nur mit einer angemessenen Entlohnung könne der wachsende Fachkräftebedarf gedeckt werden.



Vincent Kokert (CDU)

Die CDU machte in der Debatte eine andere energiepolitische Position deutlich. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Vincent Kokert** sagte, es müsse eine Brücke von der auslaufenden Atomenergie hin zu den erneuerbaren Energien gebaut werden. Dazu gehöre auch die Nutzung fossiler Energien. Die CDU bedauere nach wie vor das Scheitern des Kohlekraftwerkbaus in Lubmin. Dieses hätte fast die gesamte für Mecklenburg-Vorpommern nötige Grundlast getragen, sagte er. Gaskraftwerke seien dafür nur bedingt geeignet. Der gegenwärtig hohe Erdgaspreis sei auch ein Grund dafür, dass es derzeit keinen Investor für das in Lubmin geplante Gaskraftwerk gebe. Zu notwendigen Brückentechnologien zählte er auch die Kernfusions-Forschung in Greifswald. Zudem würden „vernünftige

Energiepreise“ für die Industrie zum Erhalt hochbezahlter Arbeitsplätze beitragen.

Für die FDP mahnte die Abgeordnete **Sigrun Reese**, bei der Energiewende auch die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit der Energie für die Bürger zu bedenken. Zudem dürfe die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nicht leiden. Die Politik müsse den Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien mit Sorgfalt ebnen. „Das heißt, die Po-

litik hat Sorge dafür zu tragen, dass keine Fehlanreize, zum Beispiel auch durch Überförderung, geschaffen werden“, warnte sie. Insgesamt gesehen besitze Mecklenburg-Vorpommern genügend Potenzial, „um als Gewinner aus der Energiewende hervorzugehen“. So sollten neben der Windkraft speziell auch kleinere Biomasse-Anlagen unterstützt werden. Die Landespolitik müsse die Voraussetzungen schaffen, um die heimische Wirtschaft mit einzubinden.



Sigrun Reese (FDP)

Foto: Susanne Balevski



Foto: Rainer Cordes

Gedenken

Zu Beginn der Landtagssitzung am 28. Juni erinnerte Sylvia Bretschneider an den Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion vor 70 Jahren.

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion habe der wohl grausamste und blutigste Krieg der Geschichte begonnen, sagte die Landtagspräsidentin. „Es war ein von langer Hand geplanter, ideologisch motivierter als auch wirtschaftlichen Interessen folgender Vernichtungskrieg, der Tod und unfassbares Leid über Millionen von Menschen brachte.“ Dieser Vernichtungskrieg habe sich nicht auf politische Gegner, Juden, Homosexuelle und Menschen mit Behinderungen beschränkt, sondern auch gegen Kriegsgefangene und die Zivilbevölkerung gerichtet, so Bretschneider. Die Planer selbst seien von -zig Millionen Toten ausgegangen, und zwar allein aufgrund des Hungers. „Der verbrecherische Versuch, Hunger für die abscheulichen und menschenverachtenden Ziele des nationalsozialistischen Regimes einzusetzen, wird an der 900-tägigen Belagerung von Leningrad sichtbar“, sagte Sylvia

Bretschneider. Mindestens 800.000 Kinder, Frauen und Männer hätten hier aufgrund von Unterernährung, Erschöpfung und Bombardierung ihr Leben verloren.

Die Politikerin mahnte, dass auch fast sieben Jahrzehnte nach dem Ende des totalitären und menschenverachtenden Naziregimes diese Opfer, das Leid und die abscheulichen Verbrechen, die im Namen Deutschlands im Zweiten Weltkrieg begangen wurden, nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Die Erinnerung daran müsse auch weiterhin Mahnung und Antrieb sein, nie wieder Intoleranz, Diskriminierung und Gewalt gegenüber Andersdenkenden oder Menschen anderer Herkunft zu dulden. „Aufgabe von Politik und Gesellschaft muss es sein, solchen Tendenzen in unserer Gesellschaft entschieden entgegenzutreten!“, sagte Bretschneider.

Zum Gedenken an die Opfer erhoben sich die Parlamentarier von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP von ihren Plätzen, während die NPD-Abgeordneten sitzen blieben. Den NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs musste die Landtagspräsidentin bereits während ihrer Rede wegen massiver Störung des Gedenkens des Saales verweisen.

Keine neuen Kredite

Parlament verankert Schuldenbremse in der Landesverfassung

■ Ab dem Jahr 2020 darf Mecklenburg-Vorpommern nur noch in Notsituationen Kredite aufnehmen. Auf seiner Sitzung am 28. Juni hat der Landtag die sogenannte Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert. 50 Abgeordnete von SPD, CDU und FDP stimmten dafür – zwei mehr als für eine Verfassungsänderung notwendig sind. Damit darf das Land künftig nur Schulden machen, wenn Naturkatastrophen oder schwere Wirtschaftskrisen eintreten.

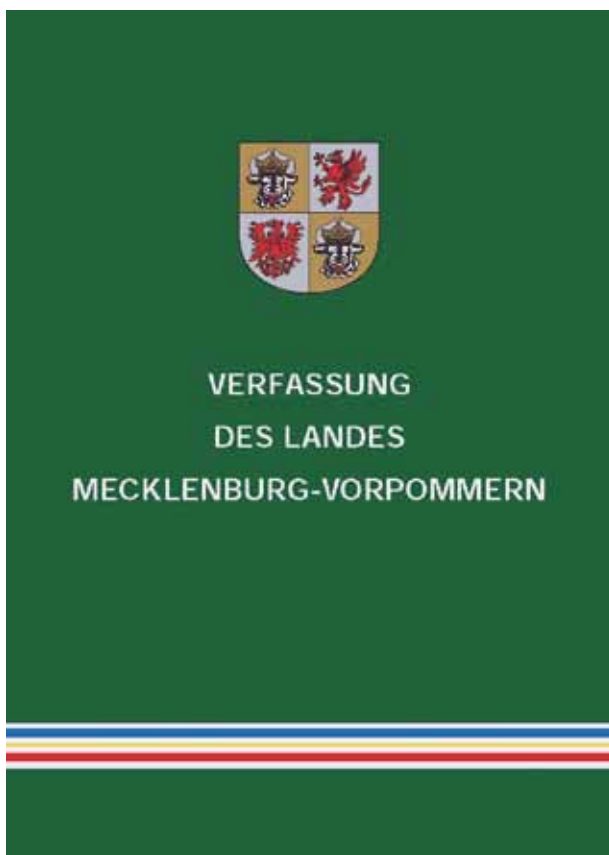
„Wir dürfen nur noch so viel ausgeben, wie wir einnehmen“, sagte der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses **Detlef Müller** (SPD). Dies sei richtig so, weil sonst künftigen Generationen der Gestaltungsspielraum genommen werde. Der Ausschuss hatte dem Parlament empfohlen, den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen mit einer Änderung anzunehmen.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** betonte in der Debatte vor der Schlussabstimmung, diese Selbstverpflichtung des Parlaments sei von existenzieller Bedeutung für die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns. Es sei auch ein klares Signal an die Menschen im Land, dass die Konsolidierungspolitik des Landes fortgesetzt werde, die manchmal auch schmerzhaft sei. Sellering zufolge wünschen 86 Prozent der Menschen im Land eine Politik, die Schulden begrenzt und abbaut. Mecklenburg-

Gesetzentwurf der Linken

Die Linksfraktion ist am 28. Juni mit einem eigenen Gesetz zur Änderung der Landesverfassung gescheitert. DIE LINKE wollte den Kommunen ein in der Verfassung verankertes Mitspracherecht bei Vorschriften einräumen, die diese unmittelbar betreffen. Der Gesetzentwurf, dessen Ausschussüberweisung nach der ersten Lesung im März mehrheitlich abgelehnt worden war, wurde auch in Zweiter Lesung abgelehnt mit der Begründung, die Einbeziehung der Kommunen sei bereits in der Kommunalverfassung geregelt. Bei der namentlichen Abstimmung votierten 49 Abgeordnete dagegen und nur 13 dafür. Damit wurde die für Verfassungsänderungen notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit verfehlt.

Drucksache 5/4174



Vorpommern hat seit 2006 keine neuen Kredite mehr aufgenommen, was nur wenige Bundesländer geschafft haben. „Es ist entscheidend für die Entwicklungspotenziale der nächsten Jahre und Jahrzehnte, ob eine immer größer werdende Zinslast den Entscheidungsspielraum einengt, oder ob die Tilgung von Schulden langfristig und nachhaltig zusätzliche Spielräume eröffnet“, sagte er. Die Schuldenbremse im Grundgesetz macht seinen Worten nach die Verankerung in der Landesverfassung „nicht entbehrlich“.

Helmut Holter, Fraktionschef der Linken, begründete das Nein seiner Fraktion damit, dass der Landtag mit der Schuldenbremse wichtige Kompetenzen in der Haushaltsgesetzgebung aus der Hand gebe. Die Initiative für die Verfassungsänderung sei nicht aus dem Parlament gekommen. Der Ministerpräsident und Finanzministerin Heike Polzin (SPD) hätten dem Parlament in die Feder diktiert, was dieses künftig darf oder nicht. Zugleich betonte Holter, die Linke stehe für eine solide und stabile Haushaltspolitik. Das habe sie immer wieder bewiesen. Eine Schuldenbremse sei dazu nicht nötig. Nicht diese,

sondern eine „sozial gerechte Steuerpolitik“ sei die Herausforderung der Zukunft.

Die Konsolidierungspolitik müsse fortgeführt werden, sagte die SPD-Abgeordnete **Angelika Peters**. Denn wegen des Einwohnerrückgangs müssten künftig mehr Lasten auf weniger Schultern verteilt werden. Nach 2013 ende die EU-Höchstförderung, Ende 2019 laufe zudem der Solidarpakt aus. Aus ihrer Sicht gibt es keine Alternative zur Schuldenbremse. Mecklenburg-Vorpommern gehe keinen Sonderweg. Sie verwies auf Länder wie Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, die ähnliche landesgesetzliche Regelungen bereits beschlossen hätten. Wenn Mecklenburg-Vorpommern keine eigenen Vorschriften beschließt, dann dürfte das Land ihren Worten nach ab 2020 überhaupt keine Kredite – auch nicht in Ausnahmefällen – aufnehmen. Sie verlangte eine namentliche Abstimmung.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Michael Roolf** lobte die Schuldenbremse als Beitrag zur Generationengerechtigkeit. „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“, sagte er. Diese sollten den nachfolgenden Generationen nicht aufgebürdet werden. Die Tilgung von Altschulden nehme vor allem den Kommunen den Atem. Roolf erneuerte seine Forderung nach größerer Haushaltstransparenz. Er verlangte die Einführung der in der Wirtschaft üblichen doppelten Buchführung beim Land. Neben- oder Schattenhaushalte dürfe es nicht geben, mahnte er.

Die NPD lehnt nach den Worten ihres Abgeordneten **Stefan Köster** die Schuldenbremse ab. Die Regelung im Grundgesetz genüge völlig. Er warf der Landesregierung vor, sich mit der Verfassungsänderung nur eine „Hintertür“ geschaffen zu haben, „um weiter auf Pump leben zu können“. Die Zinszahlungen an die Banken seien jetzt schon hoch, die Gemeinden im Land würden ausbluten. Deutsche Steuergelder sollten lieber in Polizeiapparat und Bildungssystem fließen als in „korrupte“ EU-Staaten.

Nach Worten des CDU-Fraktionsvorsitzenden **Harry Glawe** ist die Verfassungsänderung eine logische Konsequenz der Konsolidierungspolitik des Landes in den vergangenen Jahren. „Es ist eine sehr wichtige, weitreichende Entscheidung mit Augenmaß“, sagte er. Sie diene dem Wohl des Landes. Ohne eigene landesrechtliche Regelung würde ab dem Jahr 2020 das Verbot der Nettoneuverschuldung aus dem Grundgesetz uneingeschränkt gelten. Dann würde der Landtag das Budgetrecht, „das Königsrecht eines jeden Parlaments“, aus der Hand geben. Nach Auffassung der LINKE-Abgeordneten **Barbara Borchardt** ist die Schuldenbremse „nicht automatisch ein Garant für eine solide und verlässliche Finanzpolitik“. Als ihre Fraktion 1998 in Regierungsverantwortung gekommen ist, habe sie „einen völlig desolaten Haushalt“ vorgefunden. Ihre Fraktion habe in der Regierungskoalition den politischen Willen bewiesen, eine solide Finanzpolitik zu verfolgen. Darauf komme es an. „Wir sind gegen Überschuldung!“, betonte sie.

Aus kommunalpolitischer Sicht falle ihm die Zustimmung zur Verfassungsänderung „sehr, sehr schwer“, räumte **Hans Kreher** (FDP) ein. Grundsätzlich aber sei eine Schuldenbremse wichtig. Sie sei ein Symbol und Symbole hätten eine große Wirkung.

[Drucksachen 5/4292 und 5/4439](#)

Schuldenbremse

Mit der von Bund und Ländern vereinbarten und ab 2020 wirksamen Schuldenbremse soll die Aufnahme neuer Schulden weitgehend verhindert werden. Mit der Verankerung auch in der Landesverfassung verpflichtet sich das Land grundsätzlich zum Verzicht auf eine Neuverschuldung, erhält sich aber die Möglichkeit, in unvorhersehbaren Ausnahmefällen Kredite aufnehmen zu können.

Mit der Aufnahme der Regelung in die Landesverfassung wird auch die aktuelle Haushaltspolitik des Landes für verbindlich erklärt. 2006 erreichte das Land erstmals einen ausgeglichenen Haushalt. Seither kamen keine neuen Schulden hinzu, 2007 und 2008 wurden sogar 340 Millionen Euro an die Banken zurückgezahlt. 2003 hatte sich Mecklenburg-Vorpommern nach der sogenannten „New Economy“-Krise noch 1,03 Milliarden Euro leihen müssen, um die geplanten Landesausgaben von gut 7 Milliarden Euro decken zu können. Die Steuereinträge nach der Krise 2009 wurden aus den Rücklagen ausgeglichen. Gegenwärtig beträgt die Schuldenlast für das Land rund 10,5 Milliarden Euro. Die Zinszahlungen erreichen jährlich knapp 400 Millionen Euro. Eine Schuldenbremse haben bislang auch Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in ihren Landesverfassungen verankert.

Bisherige Verfassungsänderungen

4. April 2000

Artikel 72 (*Kommunale Selbstverwaltung*)

Eingefügt wurde der Passus, dass für Mehrkosten, die den Gemeinden und Kreisen durch die Übertragung von öffentlichen Aufgaben durch das Land entstehen, ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen ist („striktes Konnexitätsprinzip“).

14. Juli 2006

Artikel 12 (*Umweltschutz*)

Aufnahme des Tierschutzes

Artikel 14 (*Schutz der Kinder und Jugendlichen*)

Ergänzung des Absatz 1 durch die Festlegung, dass Kinder und Jugendliche durch staatliche und kommunale Maßnahmen und Einrichtungen gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung und gegen Misshandlung zu schützen sind. In einem neuen Absatz 4 werden Land, Gemeinden und Kreise verpflichtet, die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft zu fördern.

Artikel 17 (*Arbeit, Wirtschaft und Soziales*)

Der besondere Schutz von alten Menschen und behinderten Menschen wurde herausgelöst und als gesonderter Artikel 17a neu eingefügt.

Artikel 27 (*Wahlperiode*)

Die Wahlperiode des Landtages wurde von vier auf fünf Jahre verlängert.

Artikel 52 (*Landesverfassungsgericht*)

Absatz 4 wurde modifiziert.

Artikel 60 (*Volksbegehren und Volksentscheid*)

Das Quorum für ein Volksbegehren wurde von 140.000 auf 120.000 Wahlberechtigte gesenkt.

Artikel 68 (*Landesrechnungshof*)

Präsident und Vizepräsident werden vom Landtag für zwölf statt bisher neun Jahre gewählt.

3. Dezember 2007

Artikel 18a (*Friedenverpflichtung, Gewaltfreiheit*)

wurde neu eingefügt. Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker oder der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören und insbesondere darauf gerichtet sind, rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten, sind verfassungswidrig.

28. Juni 2011

Artikel 65 (*Kreditbeschaffung*)

Abs. 2: Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Ausnahmen hiervon sind zulässig zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Landes entziehen und seine Finanzlage erheblich beeinträchtigen. Die zulässigen Kredite sind innerhalb eines bestimmten Zeitraums vollständig zu tilgen.

Lehrerbildung reformiert

Landtag beschloss neues Gesetz mit den Stimmen der Koalition

■ Die Lehrerbildung im Land soll umfassend reformiert werden. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 29. Juni mit den Stimmen der Koalition ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Demnach dauern viele Lehramtsstudien im Land künftig ein halbes Jahr länger. Dafür verkürzt sich das Referendariat, in dem die angehenden Pädagogen unter Anleitung an den Schulen arbeiten und bereits Geld verdienen, um sechs Monate. Lediglich für das Lehramt an Grundschulen und für das Lehramt Sonderpädagogik sind weiter neun Semester Regelstudienzeit vorgesehen. Wer am Gymnasium oder an der Regionalschule unterrichten will, muss zehn Semester studieren.

Alle Lehramtsstudenten müssen Kurse in Sonderpädagogik belegen, denn künftig sollen viel weniger Kinder mit Förderbedarf als bisher an Sonderschulen unterrichtet werden. Sie sollen in die Regelschulen integriert werden. Damit wird Bildungsminister **Henry Tesch** zufolge erstmals „ausdrücklich dem Leitgedanken der Integration und Inklusion Rechnung getragen“. Es sei das erste Mal überhaupt in der Geschichte des Landes, dass ein Parlament über die Lehrerbildung entscheidet. In der Anhörung seien viele Anregungen von Experten in den SPD/CDU-Entwurf aufgenommen und berücksichtigt worden. „Der gesamte Entwicklungsprozess des Lehrerbildungsgesetzes war geprägt von einem dialogischen Miteinander“, sagte der Minister.

Die Opposition kritisierte, dass dieses Gesetz in den vergangenen Monaten unter großem Zeitdruck im Landtag behandelt wurde. DIE LINKE stimmte dagegen. Dieses Gesetz werde den Anforderungen an eine zukunftsfähige Lehrerbildung nicht gerecht, begründete deren Bildungsexperte **Andreas Bluhm**. Es

gehe in dem Gesetz nicht in erster Linie um den Erwerb berufswissenschaftlicher, didaktisch-methodischer oder praktischer Grundlagen für angehende Lehrkräfte. Stattdessen werde die Lehrerbildung in das bereits vorhandene Hochschulstruktur-Korsett hineingezwängt. Zudem seien von den Koalitionsfraktionen im Ausschuss kurzfristig 61 Änderungsanträge eingebracht worden. „Das Verfahren und vor allem die zeitlichen Abläufe waren eine Zumutung für das Parlament“, betonte der Vizepräsident des Landtages.

Der SPD-Bildungsexperte **Mathias Brodkorb** verteidigte das Gesetz. Es sei gut geworden und durch eine solide parlamentarische Beratung gegangen. Dass dabei auch Änderungen an dem ursprünglichen Entwurf vorgenommen worden sind, sei Ausweis „gelebter Demokratie und nichts Vorwerfbares“. Das habe DIE LINKE im Jahre 2004 auch so gesehen, als es um das Kindertagesförderungsgesetz ging und 17 von 25 Paragraphen geändert wurden, sagte Brodkorb. Er wies auf mehrere Verbesserungen im Schulgesetz hin. Unter anderem werde eine regelmäßige Lehrbedarfsplanung eingeführt. Die Abstimmung der Hochschulkapazitäten mindestens auf den Landesbedarf werde ebenfalls zur gesetzlichen Pflicht erhoben. In diesem Zusammenhang führe die Universität Rostock in Kooperation mit anderen Hochschulen die Ausbildung von Berufsschullehrern wieder ein. Diese war in den vergangenen Jahren weitgehend eingestellt worden. In Mecklenburg-Vorpommern herrscht akuter Mangel an Berufsschullehrern.

Die FDP nahm an der Abstimmung nicht teil. Der FDP-Abgeordnete **Hans Kreher** verlas stellvertretend für seine Fraktionskollegen eine persönliche Erklärung, in der er eine zweite Expertenanhörung des Landtages zu dem Gesetz und eine dritte Lesung im Parlament forderte. Es habe im Laufe der Landtagsbefassung so viele Änderungen gegeben, dass quasi ein neues Gesetz entstanden sei, sagte er. Am ursprünglichen Entwurf des Bildungsministeriums wurden 61 zum Teil gravierende Änderungen vorgenommen. „Wir wollten ein ordentliches Gesetz. Das ist leider nicht gelungen“, betonte er. Es trage nicht zur Stärkung der selbstständigen Schule bei. Für dieses Gesetz wolle seine Fraktion keine Verantwortung übernehmen.

Marc Reinhardt, bildungspolitischer Sprecher der CDU, sieht dagegen im Gesetz eine Modernisierung der Lehrerbildung. Das Gesetz sei wichtig für das Land. „Nur mit sehr gut ausgebildeten Lehrern kommen wir zu einer verbesserten Unterrichtsqualität“, hob er hervor. Es sei der CDU beispielsweise wichtig gewesen, Praktika schon in der ersten Phase der Ausbildung einzuführen und verbindliche Qualitätsstandards festzulegen. Auch der sogenannte Vorbereitungsdienst werde verkürzt und neu gestaltet. Sowohl das Studium als auch der Vorbereitungsdienst schließen seinen Worten nach weiterhin mit einer Staatsprüfung ab.

Weitere Neuerungen sind, dass künftig in Mecklenburg-Vorpommern keine Grund- und Hauptschullehrer oder Haupt- und Realschullehrer mehr ausgebildet werden. Hintergrund ist, dass es Haupt- und Realschulen im Nordosten schon seit längerem nicht mehr gibt. Ausgebildet werden künftig Lehrer für Grundschulen, für Regionalschulen, für Gymnasien und für Sonderpädagogik. Die Studenten sollen schon frühzeitig den Schulalltag kennenlernen und ab dem zweiten Semester Schulpraktika absolvieren. Bisher lernten angehende Lehrer oft erst im Referendariat den Schulalltag kennen, was viele für zu spät ansehen.

[Drucksachen 5/4194 und 5/4442](#)



Foto: Jens Büttner

Kinder besser schützen

Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, LINKE und FDP

■ Der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ist nach Auffassung der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP ein gesamtgesellschaftliches Problem und fordert daher jenseits aller parteipolitischen Differenzen eine gemeinsame Position aller demokratischen Parteien im Landtag. Aus diesem Grunde haben die vier Fraktionen einen gemeinsamen Antrag zum besseren Schutz der Kinder und Jugendlichen in den Landtag eingebracht und einstimmig beschlossen.

„Der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ist eine Straftat und stellt eine schwerwiegende Verletzung der Menschenwürde dar“, heißt es in dem interfraktionellen Antrag. Mit dem einhelligen Beschluss sollen Kinder besser vor Misshandlungen und sexueller Gewalt geschützt werden. Insbesondere sollen weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Prävention im Kinderschutz, vor allem gegen häusliche und sexualisierte Gewalt, ergriffen werden. Die Landesregierung soll sich außerdem auf Bundesebene konsequent dafür einsetzen, dass Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Menschen, die als Kinder leidvolle Erfahrungen in DDR-Jugendwerkhöfen gemacht haben, sollen zügig rehabilitiert und entschädigt werden. Opfer der DDR-Kinderheime dürften gegenüber Leidensgefährten aus dem Westen, für die bereits Rehabilitationsregelungen getroffen wurden, nicht als „Opfer zweiter Klasse“ behandelt werden, heißt es in dem Antrag. In einer Anhörung Betroffener hätten die Abgeordneten „erschütternde Dinge“ erfahren, sagte der CDU-Abgeordnete **Dr. Armin Jäger**, der in seiner letzten Rede als Landtagsabgeordneter den Antrag für alle vier Fraktionen einbrachte. Noch heute falle es den Opfern schwer, über ihr Martyrium zu sprechen. Jäger plädierte für die Aufhebung der Verjährungsfrist für Schadensansprüche bei Missbrauch, die bislang bei drei Jahren liegt. Zudem sollen seiner Meinung nach zum Wohle künftiger Generationen Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Zwar sei die Sensibilität der Öffentlichkeit gegenüber Missbrauch und sexueller Gewalt deutlich gewachsen. Doch müsse oberstes Ziel die Verhinderung solcher Straftaten sein. „Wir brauchen eine wirkungsvolle Prävention. Und wir müssen unsere Kinder stark und selbstbewusst machen“, sagte Sozialministerin **Manuela Schwesig**. Es gebe bereits ein breites Hilfsangebot. Aber vieles müsse noch verbessert werden, wie etwa Therapie- und Beratungsmöglichkeiten für Opfer und auch für Täter. „Täterarbeit ist auch Opferschutz“, sagte die Ministerin. Sie sprach sich für eine Gleichbehandlung von Opfern aus DDR-Kinderheimen und aus den alten Bundesländern aus. Zudem befürwortete sie Initiativen, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen.

Gino Leonhard (FDP) ist es eigenen Worten nach besonders wichtig, dass der Antrag von allen demokratischen Fraktionen gemeinsam in den Landtag eingebracht und das Thema nicht für „parteipolitische Zwecke“ ausgenutzt wurde. Dies sei ein



Foto: Jens Büttner

erster Erfolg. Der Aufgabe müsse sich dann der neu gewählte Landtag weiter widmen.

Die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung, die SPD-Abgeordnete **Dr. Margret Seemann**, betonte, dass in Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer sexualisierter Gewalt ein differenziertes Beratungs- und Hilfsangebot geschaffen wurde. Dazu gehören fünf Beratungsstellen in Bergen, Greifswald, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin sowie fünf Kinder- und Jugendberatungsstellen für Fälle häuslicher Gewalt in Anklam, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Stralsund. „Doch wir müssen noch intensiver dafür sorgen, dass diese Unterstützungsmöglichkeiten den Betroffenen und Hilfesuchenden auch bekannt sind und dass sie noch enger mit anderen Angeboten vernetzt werden“, sagte sie.

Die LINKE-Abgeordnete **Barbara Borchardt** sieht keinen Unterschied darin, in welchem System Kinder missbraucht wurden. Die Opfer bräuchten Unterstützung – ganz gleich, ob die Gewalttat in der katholischen Kirche, im DDR-Kinderheim, in öffentlichen Einrichtungen oder in der Familie stattfindet. „Wir setzen auch auf Prävention“, sagte sie. Auch wenn es einen hundertprozentigen Schutz nicht gebe. Der kommende Landtag solle auch die Frage diskutieren, ob es sinnvoll wäre, die Funktion eines Kinderschutzbeauftragten im Land einzuführen. Nach dem Willen des Landtages soll Mecklenburg-Vorpommern auch die vor einem Jahr gestartete Prozessbegleitung von Kindern und Jugendlichen zu einer dauerhaften Einrichtung machen. Dabei stehen den jungen Kriminalitätsoffern während der Gerichtsverhandlung geschulte Sozialpädagogen zur Seite. Das Modellprojekt, das im Sommer 2012 ausläuft, soll grundsätzlich im Justizalltag verankert werden. Beschließen konnte dies das Parlament jedoch nicht, da erst der neue Landtag, der am 4. September gewählt wird, über den Haushalt der nächsten beiden Jahre entscheiden wird.

Die rechtsextreme NPD-Fraktion beteiligte sich an dieser Debatte zum Schutz der Kinder nicht. Keiner ihrer Abgeordneten war zu diesem Zeitpunkt im Plenarsaal. Vier der sechs NPD-Abgeordneten waren wegen „gröblicher Verletzung der Ordnung“ bei vorhergehenden Debatten von der Sitzung ausgeschlossen worden, drei davon – darunter Fraktionschef Udo Pastörs – gleich von drei weiteren Sitzungen.

[Drucksache 5/4406](#)

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Enquete-Kommission legt Abschlussbericht vor

■ Die Regierungsparteien SPD und CDU halten eine Gemeindereform mit dem Ziel größerer Verwaltungseinheiten weiterhin für erforderlich. Der dem Parlament vorgelegte Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gebe dafür wichtige Empfehlungen, sagte die SPD-Abgeordnete und Kommissionsvorsitzende Martina Tegtmeier am 30. Juni im Landtag.

Den Reformbedarf begründete **Martina Tegtmeier** (SPD) mit anhaltendem Bevölkerungsrückgang und finanziellen Zwängen. Mehrere Modelle – wie etwa die Samtgemeinde nach niedersächsischem Vorbild – seien in der Kommission erörtert worden; ein „landeseinheitlicher Lösungsansatz“ aber sei kaum umsetzbar, sagte sie. Finanzielle Fusionszwänge und Zwangsfusionen hätten die Kommunen in den Anhörungen klar abgelehnt.

Der SPD-Abgeordnete **Heinz Müller** bedauerte, dass es in der zu Ende gehenden Legislaturperiode nicht gelungen sei, eine Experimentierklausel in der Kommunalverfassung zu verankern. „Damit hätte bereits jetzt das Modell der Verbandsgemeinde erprobt werden können.“ Dem hätten allerdings rechtliche Hindernisse im Wege gestanden. Die Enquete-Kommission hätte „phasenweise effektiver“ sein können, räumte er ein. „Aber am Ende“, so der Abgeordnete, „haben wir ein gutes Ergebnis erreicht“.

Die Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ beende mit dieser Debatte zwar ihre Arbeit, sagte die Linke-Abgeordnete und stellvertretende Kommissionsvorsitzende **Gabriele Mestan**. Der Arbeitsauftrag an sich werde aber noch lange aktuell bleiben. Sie kritisierte, dass die Kommission in ihrer fünfjährigen Tätigkeit oft hinter der politischen Realität hergehinkt sei. Sie nannte „die Strafmaßnahmen für Gemeinden unter 500 Einwohnern oder deutliche Reduzierungen der Amtsausschüsse in der Kommunalverfassung“ als Beispiele. In Zukunft, so die kommunalpolitische Sprecherin der Linksfraktion in ihrer letzten Landtagsrede, dürfe die Arbeit sol-

cher Kommissionen nicht mehr den Zwängen von Koalitionsvereinbarungen unterworfen werden.

Der CDU-Abgeordnete **Wolf-Dieter Ringguth** sieht in dem Abschlussbericht das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit vieler Beteiligter. Das sei gut so, sagte er und äußerte die Erwartung, dass die Ergebnisse der Kommission vom nächsten Landtag aufgegriffen und für notwendige Gesetzesänderungen genutzt werden. So solle in der nächsten Wahlperiode das Modell der „Verbandsgemeinde“ mehr Beachtung finden. Dies biete den einzelnen Mitgliedern mehr Selbstständigkeit bis hin zur Wahl eigener Bürgermeister. Es sei wichtig, verschiedene Modelle zu diskutieren. Am Ende sei es besser, „auf dem rechten Weg ein bisschen gehinkt zu sein als auf dem falschen festen Schrittes gewandert“, sagte Ringguth.

Toralf Schnur von der oppositionellen FDP war wie Gabriele Mestan der Meinung, dass die Enquete-Kommission den aktuellen Ereignissen „ewig hinterherlaufen“ musste. Das Modell der Verbandsgemeinde finde auch die Zustimmung der Liberalen. Sie hätten es selbst mit in die Diskussion eingebracht.

Nach Auffassung von **Michael Andrejewski** (NPD) war die Enquete-Kommission von Anfang an überflüssig. Der Beamtenapparat wäre seiner Meinung nach auch in der Lage gewesen, verschiedene Modelle zu entwickeln. Die Kommission aber habe sich dahingeschleppt und Zeit und Steuergelder verschwendet. Statt die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, werde nur eine Notverwaltung geschaffen.

Prof. Dr. Wolfgang Methling (DIE LINKE) sagte in seiner letzten Landtagsrede, dass die Kommission bei der Erarbeitung des Leitbildes für eine Gemeindestrukturreform um Konsens und Kompromiss bemüht war. Der neue Landtag sollte aber das empfohlene Modell der Verbandsgemeinde hinterfragen. Seine Fraktion unterstütze grundsätzlich eine Wahlfreiheit der Gemeinden für verschiedene Fusions-Modelle. „Um freiwillige Zusammenschlüsse zu fördern, muss aber immer auch eine zwangsweise Bildung von Gemeindestrukturen mitschwingen“, sagte er.

Von den über 800 Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern zählt ein Drittel weniger als 500 Einwohner. Um die Verwaltungsstrukturen zu straffen und effizienter zu machen, dringt die Landesregierung auf Gemeindefusionen. Solche Zusammenschlüsse waren jahrelang mit sogenannten Hochzeitsprämien vom Land gefördert worden. Der Versuch, Kleinstgemeinden durch pauschale Abzüge bei Landeszuweisungen zu Fusionen zu bewegen, wurde gerichtlich gestoppt.

[Drucksachen 5/4400](#), [5/4410](#) und [5/4403](#)



Foto: Cornelius Kettler

Enquete-Kommissionen

Enquete-Kommissionen des Landtages haben die Aufgabe, zur Vorbereitung gesetzlicher Regelungen und anderer im Landtag zu treffender Entscheidungen umfassende und bedeutsame Sachverhalte in einem Lebensbereich durch Sammlung und Auswertung von Material, Einholung von Gutachten sowie Anhörung von Sachverständigen und anderer Sachkundigen zu klären sowie dem Landtag darüber Bericht zu erstatten. Aufgaben, Einsetzung, Zusammensetzung und Arbeitsweise sind im Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen (Enquete-Kommissions-Gesetz - EKG M-V) geregelt.



Die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ wirbt landesweit und parteiunabhängig für Demokratie und Toleranz. Zu den Unterstützern zählt auch der Boxer Sebastian Zbik – hier am Tag der offenen Tür des Landtages.

Werbung für Demokratie

Landesregierung legt Abschlussbericht im Parlament vor

■ Die Landesregierung bescheinigt den fünf Regionalzentren für demokratische Kultur eine gute Arbeit. Das geht aus dem Abschlussbericht zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ hervor, den Sozialministerin Manuela Schwesig am 30. Juni dem Parlament vorlegte.

Inzwischen sei in Mecklenburg-Vorpommern ein funktionsfähiges Netzwerk im Kampf gegen Rechtsextremismus aufgebaut worden, sagte Sozialministerin **Manuela Schwesig** zur Eröffnung der Debatte. Für die Arbeit der fünf Zentren in Ludwigslust, Roggentin bei Rostock, Stralsund, Anklam und Neubrandenburg stehen laut Bericht pro Jahr 1,5 Millionen Euro bereit. Neben den Beratungen in den Büros absolvierten Mitarbeiter der Regionalzentren im Schnitt jeden zweiten Tag auch auswärts Beratungs- und Kontakttermine in Kommunen, Organisationen und Einrichtungen oder trafen Bürger. Deutlich seltener sind dem Bericht zufolge Kriseninterventionen nötig, wenn zum Beispiel Rechtsextremisten auf Schulhöfen ihre CDs an Schüler verteilten.

Sie selbst habe in den drei Jahren als Ministerin erlebt, wie sich die NPD im Landtag aufführe, sagte Schwesig. Die demokratischen Fraktionen hätten den Provokationen stets gemeinsam Paroli geboten. Dieser Zusammenhalt über Parteigrenzen hinweg erfülle sie, die selbst nicht Mitglied des Parlaments ist, mit Stolz.

Peter Ritter (DIE LINKE) betonte die Notwendigkeit des Landesprogramms. So habe der Opferberatungsverein LOBBI allein im Vorjahr 96 rechtsextremistisch motivierte Übergriffe dokumentiert, 17 mehr als 2009. Die NPD-Abgeordneten im Landtag gehörten zu den „geistigen Brandstiftern“ solcher Taten. Der Abschlussbericht zeige, welche wichtige Arbeit die fünf Regionalzentren für die Demokratie leisten. Sie müssten nun weiter unterstützt und finanziell wie personell gestärkt werden. Initiativen wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sollten weiter ausgebaut werden. Im Hinblick auf die Wahlen

müsse auch die kommunale Ebene weiter stärker befähigt werden, die Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus zu führen. Auch das Sonderprogramm für Aussteiger aus der rechten Szene, das 2012 ausläuft, soll Ritter zufolge fortgesetzt werden. Er forderte alle demokratischen Fraktionen auf, sich gemeinsam weiter für mehr Demokratie und Gerechtigkeit im Land einzusetzen. „Das Landesprogramm“, sagte er, „ist eine gute Grundlage dafür.“

Dr. Armin Jäger (CDU) zeigte sich „dankbar“, dass alle demokratischen Kräfte im Parlament zusammengehalten haben gegen den Rechtsextremismus. Abgeordnete und Mitarbeiter der NPD hätten immer wieder gegen die demokratische Rechtsordnung verstoßen, was Verurteilungen wegen Körperverletzung und anderer Delikte zeigten. Auch im Parlament seien sie immer wieder mit rassistischen und antisemitischen Äußerungen aufgefallen. Jäger sprach sich erneut für ein Verbot der NPD als verfassungsfeindliche Partei aus. „Ich ärgere mich darüber, dass der Staat seine Feinde auch noch bezahlt“, sagte er. Der Abschlussbericht zeige, dass sich immer mehr Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren. „Das ist ein Gewinn“, betonte er. Fördermittel, mit denen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung geworben wird, seien auch in der Zukunft gut angelegtes Geld.

Nach Worten von FDP-Fraktionschef **Michael Rooff** ist das Landesprogramm eine „Initiative für etwas“. Das sei besser als „gegen etwas“ zu sein. Mit positivem Handeln könnten starke Signale für die Demokratie gesetzt werden. Das würden inzwischen viele Mitstreiter im Parlament und außerhalb gemeinsam in „unglaublich engagierter Arbeit“ leisten. Der Erfolg des Programms sei nicht allein am Abschneiden der NPD bei Wahlen zu messen. „Kurzfristige Erfolge wird es womöglich nicht geben“, mahnte er. Deshalb müssten solche Initiativen über einen langen Zeitraum auch finanziell unterstützt werden.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** warf Landesregierung und Parlament vor, „immense Steuergelder gegen die nationale Opposition, insbesondere die NPD“ einzusetzen. Für jedes Dorffest flössen „unter dem Deckmantel der Demokratie“ zusätzliche Staatsmittel. „Der Kampf gegen Rechts verkommt zur Ersatzreligion“, sagte er. Dennoch könnten die „sogenannten etablierten Parteien“ gegen die NPD nicht standhalten. Seine Partei werde den Kampf für Freiheit, Identität und Selbstbestimmung „unseres Volkes“ mit ganzer Kraft fortsetzen.

„Demokratie ist die Grundlage von Freiheit“, betonte SPD-Fraktionschef **Dr. Norbert Nieszery**. „Diese Demokratie, in der wir uns manchmal vielleicht ein wenig zu gemütlich eingerichtet haben, ist aber leider keine Selbstverständlichkeit.“ Sie sei gefährdet durch extremistische Parteien und Kräfte, die Verfassung und Demokratie ablehnen. „Diesen Demokratiefeinden tritt das Landesprogramm aktiv entgegen.“ Den Mitarbeitern der Regionalzentren, aber auch den „unzähligen engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern“ danke er für ihr mutiges Einstehen für die Demokratie. Die gemeinsame Arbeit müsse fortgesetzt werden. Denn auch mit einem Scheitern der NPD bei der nächsten Wahl sei das Problem des latenten Rechtsextremismus noch nicht gelöst.

[Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ Drucksache 4/2169](#)

[Bericht der Landesregierung: Drucksache 5/4384](#)

Weitere Beschlüsse des Landtages

Foto: Dirk Lange



Dr. Hans Peter Glöckner (r.) mit dem Vorsitzenden des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller.

Neuwahl für Verfassungsgericht

■ Der Rechtsanwalt Prof. Dr. Hans Peter Glöckner wurde am 28. Juni zum stellvertretenden Mitglied des Landesverfassungsgerichts gewählt. Mit 44 Ja-Stimmen bei 19 Gegenstimmen erreichte er die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Während der Landtagsitzung am Folgetag wurde Glöckner im Parlament vereidigt.

Glöckner tritt am 4. September die Nachfolge von Dr. Erich Hobbeling an, der aus Altersgründen aus dem Landesverfassungsgericht ausscheidet. Dies schreibt das Gesetz mit Vervollendung des 68. Lebensjahres vor. Das Landesverfassungsgericht mit Sitz in Greifswald hat sieben Mitglieder und sieben stellvertretende Mitglieder. Die Tätigkeit als Verfassungsrichter ist ehrenamtlich.

[Drucksache 5/4451](#)

Keine Öffentlichen Petitionen in M-V

■ Öffentliche Petitionen wird es in Mecklenburg-Vorpommern vorerst nicht geben. Die oppositionelle Linke scheiterte am 28. Juni mit einem entsprechenden Gesetzentwurf im Parlament. Von der SPD hieß es, die Möglichkeiten für die Bürger, ihre Beschwerden und Vorschläge vorzubringen, seien ausreichend. Neben der herkömmlichen schriftlichen Form gibt es seit August 2010 auch die Möglichkeit, Petitionen in elektronischer Form mittels eines im Internet zur Verfügung gestellten Formulars einzureichen. Dies hatte der Landtag im Januar 2010 beschlossen, es mussten dafür aber zunächst die technischen Voraussetzungen unter Beachtung des Datenschutzes geschaffen werden. Im Bundestag gibt es schon seit einigen Jahren Öffentliche Petitionen – das heißt, ein Anliegen von öffentlichem Interesse kann auf der Internetseite des Bundestages veröffentlicht werden. Wer das Anliegen unterstützen will, kann die Petition mitzeichnen oder in Foren darüber diskutieren. Als erstes Bundesland bietet Bremen die Möglichkeit für Öffentliche Petitionen an.

[Drucksache 5/4175](#)

Vergabegesetz

■ Mecklenburg-Vorpommern hat seit dem 29. Juni ein Vergabegesetz. Es soll Dumpinglöhne bei öffentlichen Aufträgen verhindern. Neu sind darin allerdings nur Mindeststandards für den Öffentlichen Personennahverkehr. Ansonsten versammelt es bereits bekannte Vorschriften. Es ist ein Kompromiss der Koalitionspartner. Die SPD habe eigenen Aussagen nach weitergehen und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn verankern wollen. Das sei aber mit dem Koalitionspartner CDU nicht zu machen gewesen. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Koalition verabschiedet. DIE LINKE, FDP und NPD votierten dagegen.

[Drucksachen 5/4190 und 5/4434](#)

Die Linksfraktion hatte einen eigenen Entwurf für ein Landesvergabegesetz vorgelegt, das die Vergabe öffentlicher Aufträge an tarifliche, soziale und ökologische Standards knüpfte sowie einen gesetzlichen Mindestlohn vorsah. Der Entwurf scheiterte am 29. Juni an der Mehrheit der Abgeordneten.

[Drucksache 5/4076](#)

Gegen Schwarzarbeit

■ Landesregierung und Parlament wollen illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit zu Leibe rücken. Die Schwarzarbeit habe deutschlandweit ein alarmierendes Niveau erreicht, hieß es zur Begründung. Dies sei kein Kavaliärsdelikt, sondern schwerwiegende Wirtschaftskriminalität, die dem Gemeinwesen hohen Schaden zufüge. Um dem Problem schärfer als bisher entgegenzutreten zu können, hat die Bundesregierung bereits entsprechende Regelungen im sogenannten Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz erlassen. Dies erforderte nun eine Anpassung des Landesrechts, die am 29. Juni vom Parlament beschlossen wurde. Das Gesetz legt unter anderem die Zuständigkeit für Verfolgung und Ahndung von Verstößen in die Hände der Landräte und Oberbürgermeister.

[Drucksachen 5/3872 und 5/4394](#)

Mehr Bürgerbeteiligung

■ Der Landtag hat am 28. Juni ein Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung verabschiedet. Das Gesetz soll die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen erleichtern, Vorbehalte gegen Gemeindezusammenschlüsse ab- und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ausbauen. So sollen künftig Film- und Tonaufnahmen von Gemeindevertreteritzungen möglich sein. Jedoch können die Medien ausgeschlossen werden, wenn ein Viertel der Gemeindevertreter das beschließt. Die Einwohner aufgelöster Gemeinden sollen einen Ortsvorsteher wählen können. Umstritten war das Vorhaben der Regierung, die wirtschaftliche Tätigkeit von Kommunen zu erleichtern. Unzulässig ist dem neuen Gesetz zufolge eine wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand ausschließlich oder ganz überwiegend zum Zwecke der Gewinnerzielung.

[Drucksachen 5/4173 und 5/4446](#)



Foto Jens Büttner

Auch Musikunterricht kann aus dem Bildungspaket gefördert werden.

Kommunaler Finanzausgleich

■ Die beschlossene Kreisgebietsreform erfordert auch eine Umverteilung von Landesgeldern an die Kommunen. Der sogenannte kommunale Finanzausgleich muss an die neuen Strukturen der Landkreise, der kreisfreien Städte und der großen kreisangehörigen Städte und die damit verbundene neue Aufgabenverteilung angepasst werden. Am 28. Juni hat der Landtag dafür das Finanzausgleichsgesetz entsprechend geändert. Die Verfassung verpflichtet das Land Mecklenburg-Vorpommern unter anderem dazu, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Leistungsfähigkeit steuerschwacher Gemeinden und Landkreise zu sichern und eine unterschiedliche Belastung mit Ausgaben auszugleichen.

[Drucksachen 5/4240 und 5/4445](#)

Bodenfruchtbarkeit sichern

■ Mecklenburg-Vorpommern hat ein eigenständiges Bodenschutzgesetz. Darin haben die Sicherung und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, des Wasserhaushalts der Böden sowie die Verhinderung der Bodenerosion Vorrang. Mit den am 29. Juni beschlossenen Regelungen wird das Bundes-Bodenschutzgesetz ergänzt. Dies sei angesichts des verstärkten Anbaus nachwachsender Rohstoffe nötig geworden, hieß es zur Begründung. Die Entwicklung der Landwirtschaft zu einem bedeutenden Energielieferanten müsse im Einklang stehen mit dem Regelwerk der „guten fachlichen Praxis der landwirtschaftlichen Bodennutzung“. In das von SPD und CDU vorgelegte Gesetz sind auch Änderungsvorschläge der Linken eingeflossen. Deren Fraktion hatte unter anderem darauf gedrängt, dass sich die agrarwissenschaftliche Forschung stärker mit den Auswirkungen des Anbaus nachwachsender Rohstoffe beschäftigt. Zudem sollen Alternativen zum Energiemais-Anbau gefördert werden.

[Drucksachen 5/4169, 5/3881, 5/3917 und 5/4393](#)

Bildungspaket geschnürt

■ Der Landtag hat am 29. Juni mit einem Gesetz das vom Bund beschlossene Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder an Landesbedingungen angepasst. Trägerschaft und Umsetzung des Bildungspakets liegen demzufolge vollständig in der Verantwortung der Kommunen. In das Bildungspaket gehören unter anderem die Kosten für ein gemeinsames Mittagessen, die Lernförderung, Tagesausflüge, Schülerbeförderung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft. Gewährt werden die Leistungen für Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre aus Hartz-IV-Familien. Auf Mecklenburg-Vorpommern entfallen im Jahr 2011 rund 45 Millionen Euro.

[Drucksachen 5/4308 und 5/4449](#)

Besoldungsrecht angepasst

■ Das Landesrecht ist zum Ende der 5. Wahlperiode an das Bundesbesoldungs- und Versorgungsrecht angepasst worden. Das Parlament stimmte am 28. Juni einem entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung zu. Nach Änderungen im Bundesrecht werden nun zum Beispiel die Altersgrenzen für die Rente von Beamten und Beamtinnen ebenfalls verändert. So ist eine schrittweise Anhebung von der Vollendung des 65. Lebensjahres auf das 67. Lebensjahr ab Geburtsjahrgang 1964 vorgesehen. Gleichzeitig ist auch die Antragsaltersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte um zwei Jahre von der Vollendung des 60. Lebensjahres auf die Vollendung des 62. Lebensjahres angehoben worden.

[Drucksachen 5/4217 und 5/4444](#)

EU-Ostseestrategie

Mehr Mitsprache der Länderparlamente gefordert

Vom 3. bis 5. Juli fand im polnischen Gdansk die 9. Jahreskonferenz des „Parlamentsforums Südliche Ostsee“ statt. Im Zentrum der Beratung stand die EU-Ostseestrategie. Hierzu hatte die EU-Kommission Ende Juni einen Fortschrittsbericht vorgelegt. Erstmals forderten die Länderparlamente ihre unmittelbare Beteiligung an der Umsetzung der europäischen Ostseestrategie.

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern war mit sechs Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf der Konferenz vertreten. Auf Initiative des Landtages M-V wurde in der Abschlussresolution unter anderem festgeschrieben, dass es auch künftig ein gemeinsames Ostsee-Tourismusforum geben soll, um bei der Vermarktung der Ostseeregion noch besser zusammenzuarbeiten.

Delegationsleiterin **Renate Holznagel**, Landtags-Vizepräsidentin, zeigte sich über den Erfolg gerade in dieser Frage sehr zufrieden. „Eine engere Kooperation beim Tourismus in die gemeinsame Abschlusserklärung einzubringen, war nicht leicht“, sagte sie rückblickend. Die beteiligten Regionen würden ja nicht nur an gemeinsamen Zielen arbeiten, sondern seien gerade im Bereich Tourismus gleichzeitig auch Wettbewerber. „Dass wir uns hier durchgesetzt haben, ist ein schöner Erfolg“, sagte Holznagel. „Wir konnten unsere Forderungen direkt vor Ort der EU-Kommission überreichen“, betonte sie.

Seit dem Jahre 2004 arbeiten die Landtage Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins sowie die Hamburgische Bürgerschaft mit den gewählten Vertretungskörper-

schaften der polnischen Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland Masuren, des Kaliningrader Oblasts und der schwedischen Region Schonen im Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen mit dem Ziel, gemeinsame Forderungen in Europa auch gemeinsam zum Ausdruck zu bringen und damit die Durchsetzungskraft zu vergrößern.

Gegen Menschenhandel

Abschließende Sitzung der BSPC-Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“

■ Die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“ der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) haben sich auf ihrer letzten Sitzung in Vilnius über die Formulierung von politischen Empfehlungen an die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten verständigt. Im Mittelpunkt stehen eine einheitliche Definition von Menschenhandel und der Opferschutz.

Die Arbeitsgruppe Zivile Sicherheit hat im Zeitraum zwischen dem 3. Februar 2010 und der abschließenden Sitzung am 16. Juni 2011 insgesamt sieben Sitzungen in verschiedenen Ostseeanrainerstaaten durchgeführt. Im Rahmen dieser Sitzungen wurden Experten zu den regionalen und lokalen Strukturen und Entwicklungen des Menschenhandels angehört sowie die Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Umgang mit den verschiedenen Aspekten des Menschenhandels in den Mitgliedsstaaten erörtert. Dabei wurde deutlich, dass es sich beim Menschenhandel um ein sehr komplexes und vielschichtiges Kriminalitätsphänomen handelt und der Prozess einer internationalen Verständigung auf einheitliche Definitionen und rechtliche Standards noch nicht abgeschlossen ist. Die im Abschlussbericht formulierten politischen Empfehlungen der Arbeitsgruppe an die Ostseeparlamentarierkonferenz enthalten daher unter anderem die Forderung nach der Erforschung bisher weitgehend unbeachteter Aspekte sowie die Forderung nach stärkerer Unterstützung nicht-staatlicher Akteure. Die Unterstützung für die Opfer sollte dabei im Vordergrund stehen. **Dr. Armin Jäger** betonte als Vertreter des Landtages M-V, dass es darauf ankomme, den handelnden Personen in den Behörden oder bei den nicht-staatlichen Organisationen praxisnahe Hilfestellungen für die tägliche Arbeit zu geben. Die Ostseeparlamentarierkonferenz wird auf ihrer 20. Sitzung Ende August über den Abschlussbericht abstimmen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz dient seit 1991 nationalen und regionalen Parlamenten der Ostseeanrainerstaaten als Forum, um die besonderen Herausforderungen und Chancen des Ostseeraums zu thematisieren.



Foto: Georg Strätker

Vertraten den Landtag in Danzig: (v.l.) Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel (CDU), Sigrun Reese (FDP), Angelika Peters (SPD), Barbara Borchardt (DIE LINKE), Ute Schildt (SPD) und Beate Schlupp (CDU).



Foto: Georg Strätker

Parlamentarier aus Ostseeanrainerstaaten berieten im Schweriner Schloss über Umweltschutz auf der Ostsee.

Ostsee soll sauberer werden

Ostseeparlamentarier fordern Übergangsfristen für die Umrüstung der Flotten

■ Um der Meeresverschmutzung durch Schiffsbrennstoffe entgegenzuwirken, soll der Schwefelgrenzwert ab 2015 in Nord- und Ostsee auf 0,1 Prozent gesenkt werden. Parlamentarier der Ostseeanrainer befürchten dadurch Wettbewerbsnachteile für die Ostseeschifffahrt sowie die Verlagerung der Güterverkehre von der Ostsee auf die Straße. Deshalb fordern sie Übergangsfristen für die umweltgerechte Umrüstung bestehender Flotten.

Dieses Thema stand im Mittelpunkt einer Sitzung der Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) „Integrierte Maritime Politik“, die am 20. und 21. Juni im Schweriner Schloss stattfand. Angesichts der befürchteten Wettbewerbsnachteile für die Ostseeschifffahrt fordern die Abgeordneten aus den Ostseeanrainerstaaten unter der Leitung des Vorsit-

zenden des Wirtschaftsausschusses des Landtages M-V, Jochen Schulte, Übergangsfristen für die umweltgerechte Umrüstung bestehender Flotten und setzen sich für eine beschleunigte Ausweisung weiterer Seegebiete als Schwefelüberwachungsgebiete ein. Gleichzeitig wollen sie sich für die konsequente Entwicklung und den Ausbau innovativer, umweltfreundlicher Energie- und Technologielösungen für Schifffahrt und Häfen stark machen.

Aktuelle Herausforderungen der Hafeninfrastrukturentwicklung und der Schiffbauindustrie, nachhaltiger Kreuzfahrttourismus und die Initiative „Clean Baltic Shipping“ waren außerdem Gegenstand der Sitzung, die ihren Abschluss in einem Besuch beim Hafen Rostock und bei der Caterpillar Motoren GmbH Rostock fand, wo sich die Arbeitsgruppe über nachhaltige Hafenentwicklung und die Entwicklung umweltfreundlicher Schiffsmotoren informierte.

Eine Besonderheit der Schweriner Sitzung war die Teilnahme der Vorsitzenden der meerespolitischen Arbeitsgruppen des Ostseerates und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes an einer gemeinsamen Diskussion über Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in maritimen Angelegenheiten. Mit der Schweriner Arbeitsgruppensitzung wurde die Jahreskonferenz der Ostseeparlamentarier vorbereitet, die Ende August in Helsinki stattfindet.

Deutscher Vorsitz im Ostseerat

Am 1. Juli 2011 hat Deutschland für ein Jahr den Vorsitz im Ostseerat übernommen. Vor dem offiziellen Start präsentierte der designierte Vorsitzende der meerespolitischen Expertengruppe des Ostseerates, Dietrich Seele vom Bundesverkehrsministerium, in Schwerin im Rahmen der Arbeitsgruppensitzung eine aktuelle Vorausschau auf die Schwerpunkte des Arbeitsprogramms für diesen Zeitraum. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Landtages und Leiter der Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz, **Jochen Schulte**, sieht in dem deutschen Vorsitz eine große Chance, meerespolitischen Themen auch auf nationaler Ebene ein stärkeres

Gewicht zu verschaffen und sich als Motor in der Ostseepolitik zu engagieren. „Wir brauchen eine integrierte Meerespolitik für den Ostseeraum, um die Potenziale des maritimen Sektors der Ostseeregion in Europa und darüber hinaus sichtbarer zu machen“, betonte er. Auch im Rahmen des diesjährigen Europäischen Tages der Meere am 20. Mai in Danzig hatten die Vorsitzenden der drei maritimen Arbeitsgruppen mit einer gemeinsamen Veranstaltung unter dem Motto „Common Vision – linking efforts – strengthening visibility“ für eine Intensivierung des Dialogs und den Ausbau gemeinsamer Aktivitäten im Ostseeraum geworben.

Wir haben die Identität unseres Landes nach innen und nach außen gefestigt

■ **Wenige Tage nach der letzten regulären Plenarsitzung zieht Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider Bilanz der erstmals fünfjährigen Wahlperiode**

Frau Bretschneider, an was denken Sie zuerst angesichts der nun zu Ende gehenden 5. Wahlperiode des Landtages?

Wir blicken nun auf fast 21 Jahre Landtagsarbeit zurück, die kontinuierlich dazu geführt hat, die Identität unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern nach innen und nach außen zu festigen und weiterzuentwickeln. Es ist uns auch in dieser Wahlperiode gelungen, den Auftrag aus der Präambel unserer Verfassung mit Leben zu erfüllen. Dort heißt es: „Entschlossen, ein lebendiges, eigenständiges und gleichberechtigtes Glied der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Völkergemeinschaft zu sein.“ Die Intensität der parlamentarischen Arbeit, die Intensität der gesetzgeberischen Arbeit war hoch, sie war streckenweise so dicht wie zuvor nur in der 1. Wahlperiode.

Lässt sich das mit einigen Zahlen verdeutlichen?

Wir haben in dieser Wahlperiode 127 Landtagssitzungen absolviert. Der Ältestenrat hat über 200 Mal getagt. Die Ausschüsse und die Enquete-Kommission haben alle zusammen weit über 1.000 Sitzungen durchgeführt. Wir haben 134 Gesetze verabschiedet. Die Zahl der Kleinen Anfragen war fast doppelt so hoch, wie in den vergangenen Wahlperioden. Die Arbeit des Landtages dokumentiert sich mittlerweile auf fast 5.000 Drucksachen in dieser Wahlperiode. Neben den ständigen Gremien war auch in dieser Wahlperiode eine Enquete-Kommission tätig, deren Abschlussbericht wir gestern beraten haben.

Wie haben die Menschen im Land Ihrer Einschätzung nach die Arbeit des Parlaments wahrgenommen?

Mecklenburger und Vorpommern interessieren sich für politische Themen. Das merke ich in meinem Wahlkreis und höre dies auch aus Gesprächen im Schloss heraus. Das Interesse der Menschen, die die Arbeit des Landtages hier unmittelbar vor Ort erleben wollen, ist nach wie vor sehr hoch. Wir haben in dieser Wahlperiode 1.425 Besuchergruppen betreut und hatten 42.500 Besucher, darunter 20.800 Jugendliche. Aber wir haben nicht nur

darauf gewartet, dass die Menschen hierher kommen, wir sind auch nach draußen gegangen, in die Städte, in die Gemeinden, um den Menschen die Arbeit des Landtages näherzubringen. Seit 2008 haben mehr als 80 Aktionen unter dem Motto „Landtag vor Ort“ im Rahmen des Bündnisses „Wir. Erfolg braucht Vielfalt!“ stattgefunden, viele davon am Wochenende.

Gab es Themen, die Ihrer Meinung nach in der Öffentlichkeit mehr Beachtung verdient gehabt hätten?

Wir haben auch in dieser Wahlperiode mit hohem Einsatz an der Verwirklichung des Staatsziels in Artikel 11 unserer Verfassung gearbeitet, die Europäische Integration zu verwirklichen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum, zu fördern. Auf das an dieser Stelle Erreichte bin ich stolz. Und – hier spreche ich für alle Mitglieder der demokratischen Fraktionen in diesem Landtag – unser Wirken war auch in dieser Wahlperiode, so wie es die Präambel unserer Verfassung von uns verlangt, erfüllt von dem Willen, die Würde und Freiheit des Menschen zu sichern, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, ein sozial gerechtes Gemeinwesen zu schaffen, den wirtschaftlichen Fortschritt aller zu fördern, die Schwachen zu schützen und die natürlichen Grundlagen des Lebens zu sichern. Es ist wichtig, deutlich zu machen, wofür wir stehen und was uns von denen unterscheidet, die ein anderes Land wollen.

Sie spielen auf die verfassungsfeindliche NPD an, die 2006 erstmals in den Landtag gewählt wurde?

Ja, genau darauf will ich hinaus. Die Zahl der Ordnungsmaßnahmen (557 Ordnungsrufe, 76 Wortentziehungen und 44 Sitzungsausschlüsse, teilweise für mehrere Sitzungen) sind ein Vielfaches der Ordnungsmaßnahmen, die in den ersten vier Wahlperioden zusammen ergriffen werden mussten. Wir mussten uns immer wieder gegen die Angriffe einiger Weniger auf unser demokratisches Gemeinwesen wehren.

Dies haben die demokratischen Fraktionen in diesem Hause geschlossen getan. Wir haben uns als wehrhafte Demokratie erwiesen. Wir sind allen Versuchen, das Ansehen und die Würde unseres Parlaments zu schädigen oder unsere rechtlichen Grundlagen infrage zu stellen, entschieden entgegengetreten. Und dafür danke ich jedem einzelnen Mitglied der demokratischen Fraktionen. Ich hoffe und wünsche uns allen und diesem Landtag, dass uns solche Auseinandersetzungen künftig erspart bleiben.

Zurück zur inhaltlichen Arbeit – was haben Sie geschafft in den vergangenen fünf Jahren? Gibt es Meilensteine?

Soweit mit der Verlängerung der Wahlperiode beabsichtigt war, dass es am Ende der Wahlperiode weniger hektisch zugeht, so ist dieser Plan nicht aufgegangen. Wir haben insbesondere in den

Ausschüssen erlebt, welche Vielzahl von Gesetzgebungsvorhaben abgearbeitet worden ist. Die letzte Sitzungswoche in der 5. Wahlperiode fand an vier hintereinander folgenden Sitzungstagen statt – das sagt alles.

Bei einer fünfjährigen Wahlperiode nimmt man aber im Rückblick noch stärker wahr, welche Leistungen in dieser Zeit neben der parlamentarischen Arbeit erbracht worden sind. Da wären das 150-jährige Schlossjubiläum im Frühsommer 2007, die zentrale Feier des Tages der Deutschen Einheit in Schwerin im selben Jahr, 2009 die BUGA und auch das Parlamentsforum Südliche Ostsee. Erwähnen möchte ich die Aktivitäten des Landtages bei der 850-Jahr-Feier der Stadt Schwerin, als der Landtag an der Gestaltung und Präsentation der Festwagen des Landtages und der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ beteiligt war.

Gibt es ein Thema, mit dem sich der Landtag befasst hat, welches Sie als echte Herzensangelegenheit bezeichnen würden?

Ja. Eine positive Herausforderung, die Politik und Verwaltung angenommen haben, ist die Vorbereitung der Bewerbung zur Aufnahme des Schlossensembles in die UNESCO-Welterbeliste. Diese Bewerbung ist ein gutes Beispiel für das Zusammenwirken von Politik und Verwaltung.

Wo Licht ist, gibt es auch Schatten. Lag auf dem Schweriner Schloss zuweilen ein Schatten?

Ich sprach es bereits an: Inzwischen können wir auch Bilanz ziehen, welche Herausforderungen wir im Zusammenhang mit dem Einzug der NPD in den Landtag meistern mussten. Die genannten Ordnungsmaßnahmen sind eine Sache. Ehrlich gesagt, habe ich den Überblick verloren, wie viele Verfahren die NPD gegen den Landtag angestrengt hat. In Spitzenzeiten waren gleichzeitig fünf bis sechs Verfahren anhängig. Besonders gefreut hat mich die Entscheidung vom 26. Mai dieses Jahres, mit der das Landesverfassungsgericht die Vorwürfe der NPD, die Landtagsverwaltung verstoße gegen das Gebot der parteipolitischen Neutralität, zurückgewiesen und die entsprechenden Anträge der NPD verworfen hat.

Erstmals gibt es seit dieser Wahlperiode Einlasskontrollen im Landtag ...

Ja, auch die gesamte Sicherheitssituation im und rund um das Landtagsgebäude hat sich völlig verändert. Waren wir bis 2006 ein offenes Gebäude, in dem keine besonderen Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden, hat sich das in dieser Wahlperiode massiv geändert. Das bringt natürlich auch Belastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit sich. Schließlich ist es der Haussicherheitsdienst, der als erster auf eventuell unangenehme und manchmal sogar gefährliche Personen treffen kann. Wie wichtig solche Sicherheitskontrollen sind, zeigt sich daran, welche Gegenstände bei den Überprüfungen gefunden wur-

Foto: Cornelius Kettler



Sylvia Bretschneider ist seit 2002 Präsidentin des Landtages.

den. Von Reizstoffsprüngeräten über große Messer bis hin zu Schlagstöcken, das alles waren Dinge, mit denen Besucher den Landtag betreten wollten.

Gibt es bereits jetzt eine Herausforderung für die neue Wahlperiode, die Ihnen besonders wichtig ist?

Beachtung gefunden hat – zuletzt am Tag der offenen Tür am 26. Juni – der Wettbewerb für den neuen Plenarsaal. Die Parlamentarische Baukommission hat im März 2010 der Durchführung eines Architektenwettbewerbs zur Bau eines Plenarsaals im jetzigen Festsaal zugestimmt. Anfang Oktober 2010 wurden europaweit Architekten und Innenarchitekten aufgefordert, Entwurfslösungen entsprechend der Auslobung zu erarbeiten. Insgesamt sind 29 Arbeiten eingegangen. Das Preisgericht vergab einen ersten und drei dritte Preise. Der Entwurf der Architekten Dannheimer & Joos aus München wurde mit dem ersten Preis prämiert. Als Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens wurde die Erstellung einer Entwurfsplanung einschließlich Kostenermittlung bis November 2011 beim BBL beauftragt, damit zu den Beratungen zum Doppelhaushalt 2012/13 alle entscheidungsrelevanten Informationen vorliegen. Ob und wie gebaut wird, muss der neue Landtag entscheiden.

Sie kandidieren am 4. September erneut für den Landtag. Ihr Wunsch für das Wahlergebnis?

Ich wünsche mir, dass möglichst viele Menschen zur Wahl gehen und für Kandidaten stimmen, die für ein demokratisches, weltoffenes, tolerantes Mecklenburg-Vorpommern eintreten.



Sylvia Bretschneider freut sich über ihre Wiederwahl.

Foto: Cornelius Kettler



Dr. Harald Ringstorff nimmt die Wahl zum Ministerpräsidenten an.

Foto: Jens Büttner

Rückblick auf fünf Jahre Parlamentsarbeit

2006

■ Am 16. Oktober konstituiert sich der neu gewählte Landtag. Bei der Landtagswahl am 17. September hatte die SPD 23 Mandate errungen und wird damit stärkste Fraktion im Parlament. Die CDU zieht mit 22 Abgeordneten in den Landtag ein. SPD und CDU schließen eine Regierungskoalition. Größte Oppositionsfraktion wird DIE LINKE mit 13 Abgeordneten, gefolgt von der FDP mit sieben und der NPD mit sechs Parlamentariern. Sylvia Bretschneider (SPD), bereits in der 4. Wahlperiode Parlamentspräsidentin, wird wieder in dieses Amt gewählt. Am 6. November wählt der Landtag Dr. Harald Ringstorff erneut zum Ministerpräsidenten, der einer rot-schwarzen Landesregierung vorsteht.

2007

Enquete-Kommission

Am 26. Januar konstituiert sich die Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Sie soll Vorschläge für die Zukunft der Kommunen im Land erarbeiten. Der Kommission gehören elf Abgeordnete sowie zehn von den Fraktionen berufene Experten an.

G 8-Gipfel in Heiligendamm

Vom 6. bis 8. Juni findet in Heiligendamm der Weltwirtschaftsgipfel der acht mächtigsten Industrienationen „G 8“ statt. Am 13. Juni ziehen Redner in der Aktuellen Stunde des Landtages

unterschiedlich Bilanz. Während die Landesregierung ein insgesamt positives Fazit zieht und die Polizeistrategie verteidigt, äußert die Opposition Kritik am Vorgehen der Sicherheitskräfte und fordert Auskunft über die vom Land zu tragenden Sicherheitskosten.

Schlossjubiläum

Das große Pflingstfest zum 150. Jubiläum des Schweriner Schlosses zählt rund 150.000 Besucher. Am Tag des offenen Schlosses kommen noch einmal weit mehr als 40.000 Gäste allein auf die Schlossinsel. Etwa 25.000 von ihnen sehen sich das Schloss von innen an.

5. Altenparlament

Am 20. Juni tritt zum fünften Mal seit 1999 das Altenparlament im Landtag zusammen. 71 Delegierte aus Seniorenvereinen und -verbänden diskutieren über Renten, Altersarmut, seniorenfreundliches Lebensumfeld und Gesundheitsversorgung und verabschieden eine Resolution „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken! Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus!“

Volksinitiative scheitert

Der Landtag lehnt am 13. Juni den Antrag einer Volksinitiative zum Erhalt des Studienganges Rechtswissenschaften an der Universität Rostock ab. Damit folgt das Parlament mehrheitlich der Empfehlung des Bildungsausschusses. Die Volksinitiative „Pro Jura“ war im Sommer 2006 gestartet worden, nachdem der Landtag im Mai 2006 beschlossen hatte, die Rostocker Fakultät zu schließen und die Juristenausbildung nach Greifswald zu verlagern. Im Gegenzug sollte die Lehrerausbildung in Rostock gebündelt werden.

Fotos: Claudia Richter, Cornelius Kettler, Uwe Balewski



Ladenöffnungsgesetz

Am 13. Juni beschließt der Landtag ein neues Ladenöffnungsgesetz. Danach können die Geschäfte in Mecklenburg-Vorpommern ab Juli 2007 länger öffnen.

Jugend im Landtag

Unter dem Motto „Schläfst du noch – oder Jilst du schon“ diskutieren vom 2. bis 6. Juli 100 Jugendliche aus M-V im Schweriner Schloss miteinander und mit den Landtagsabgeordneten über die Themen Extremismus, Gesundheit, Bildung, Internationales, Zukunft und Nachbarschaft.

Rauchverbot in M-V

Am 11. Juli beschließt der Landtag mit großer Mehrheit das Nichtraucherschutzgesetz. Ab 1. August 2007 ist das Rauchen in Schulen, Krankenhäusern, Behörden und vielen anderen öffentlichen Gebäuden verboten, ab 2008 auch in Gaststätten. Allerdings dürfen dort speziell gekennzeichnete Raucherräume eingerichtet werden.

Neue Verwaltungsreform bis 2011 geplant

Mit einer Dringlichkeitssitzung am 24. August startet der Landtag die Debatte um die künftige Verwaltungsstruktur des Landes neu. Das Parlament reagiert damit auf das Urteil des Landesverfassungsgerichts, das Ende Juli die für 2009 geplante Kreisgebietsreform in Teilen für verfassungswidrig erklärt hatte.

Bürgerfest zum Tag der deutschen Einheit

Der Landtag beteiligt sich mit einem eigenen Kultur- und Informationsangebot am Schweriner Festprogramm zu den zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit. Bei der

abschließenden Musik-, Licht- und Feuerwerksinszenierung steht das Schweriner Schloss noch einmal im Mittelpunkt des Interesses Tausender und macht als Traumkulisse seinem Ruf als Märchenschloss erneut alle Ehre.

Für neues NPD-Verbotsverfahren

Der Landtag verabschiedet am 18. Oktober den Antrag „Demokratie schützen – NPD-Verbotsverfahren auf den Weg bringen“. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen für einen Verbotantrag zu prüfen und gemeinsam mit den anderen Bundesländern die Hindernisse zu beseitigen, die 2003 zur Einstellung des damaligen Verfahrens geführt hatten.

Schweriner Schloss soll auf UNESCO-Welterbeliste

Das Schweriner Schloss und seine Gartenanlagen sollen nach dem Willen des Landtages UNESCO-Weltkulturerbe werden. Das Parlament fordert die Landesregierung am 17. Oktober einhellig auf, Schritte für eine Bewerbung einzuleiten.

Volksinitiative für Verfassungsänderung

„Für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern“ – so lautet der Titel einer Volksinitiative, die eine Verpflichtung zum Frieden und zur Gewaltfreiheit als Staatsziel in der Landesverfassung verankern möchte und hierfür über 17.000 Unterstützerunterschriften gesammelt hat. Am 14. November beschließt der Landtag einen entsprechenden Verfassungszusatz. Dem neuen Artikel 18a, der Friedensverpflichtung und Gewaltfreiheit ausdrücklich als Staatsziele festschreibt, stimmen die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP geschlossen zu. Die Abgeordneten der rechtsextremen NPD votieren dagegen.

Nein zum Bombodrom

Am 14. Dezember verlangen die demokratischen Landtagsfraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und FDP in einem gemeinsamen Antrag den Verzicht auf die militärische Nutzung des so genannten Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide und fordern den Bundestag auf, sich gegen die Pläne des Bundesverteidigungsministeriums auszusprechen.

Parlamentsforum Südliche Ostsee

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit findet am 19. und 20. Dezember im Landtag M-V eine internationale Anhörung des „Parlamentsforums Südliche Ostsee“ zum Thema Energie statt.



Dr. Harald Ringstorff (SPD)

Mitglied des Landtages seit 26. Oktober 1990
1994 – 1996 Wirtschaftsminister M-V
1998 – 2008 Ministerpräsident M-V

Mein größter Erfolg als Landtagabgeordneter: meine Wahl zum Ministerpräsidenten 1998.

Mein Wunsch und meine Hoffnung: Dass in der nächsten Legislaturperiode die NPD nicht mehr im Landtag vertreten ist.

„Höhepunkte“ in der 1. Legislaturperiode: die Reden des damaligen CDU-Bildungsministers Oswald Wutzke. Mit seinen Ansichten erinnerte er mich manchmal an den „Schaulpatron“ bei Rudolf Tarnow.

Fotos: Uwe Balewski, Claudia Richter, Jens Büttner



2008

Plädoyer für Demokratie

Aus Anlass der Machtübernahme Hitlers vor 65 Jahren appelliert Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zu Beginn der Plenarsitzung am 30. Januar an die Verantwortung aller Demokraten, die Feinde von Freiheit und Demokratie in die Schranken zu weisen. Am Ende ihrer Ausführungen erheben sich alle Abgeordneten der demokratischen Fraktionen sowie die Besucher auf der Gästetribüne im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus für eine Schweigeminute von ihren Plätzen, während die NPD-Abgeordneten sitzen bleiben und damit für einen Eklat sorgen.

Wechsel im Landesverfassungsgericht

Am 30. Januar wählt der Landtag acht neue Mitglieder des Landesverfassungsgerichts. Dies war erforderlich geworden, da die zwölfjährige Amtszeit der bisherigen Besetzung des obersten Landesgerichts abgelaufen war. Mit Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts M-V, wird erstmals eine Frau an die Spitze des Landesverfassungsgerichts gewählt. Die Tätigkeit als Verfassungsrichter ist ehrenamtlich.

Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ gestartet

Am 9. April wird im Schweriner Schloss ein landesweites, überparteiliches Aktionsbündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ ins Leben gerufen. Die von Landtag, Kirchen, Künstlern, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden getragene Initiative will für ein demokratisches, freiheitliches und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern werben und lokale Initiativen unterstützen und vernetzen.

Kreisgebietsreform

Der Landtag billigt am 24. April den ersten Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ und stimmt dem Leitbild der Landesregierung für die Kreisgebietsreform zu.

Tag des offenen Schlosses

Im Rahmen des Schlossfestes lädt der Landtag am 1. Juni zum Blick hinter die Kulissen des Parlaments ein. Tausende nutzen die Chance, sich über die Arbeit der Abgeordneten zu informieren, normalerweise nicht öffentlich zugängliche Bereiche des „schönsten Parlamentssitzes Deutschlands“ zu besichtigen, interessante Podiumsdiskussionen zu verfolgen und mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.



Dr. Armin Jäger (CDU)

Mitglied des Landtages seit 26. Oktober 1998
1997 – 1998 Innenminister M-V, 2005 – 2009 Vorsitzender der CDU-Fraktion

Mein erster und inhaltlich wahrscheinlich größter Erfolg als Abgeordneter war die Einfügung des Konnexitätsprinzips in unsere Landesverfassung. Die von mir in die Diskussion eingebrachte Vorstellung, dass den kommunalen Gebietskörperschaften nach dem Prinzip „Wer bestellt zahlt“ Kosten, die durch Landesgesetze verursacht sind, auch vollständig ersetzt werden, fand fraktionsübergreifend eine verfassungsändernde Mehrheit.

In meiner eigenen Fraktion war mein größter Erfolg als im Jahr 2005 gewählter Vorsitzender die Einigung zweier teilweise gegeneinander arbeitender Gruppen zu einer Fraktion, die im Jahr 2006 wieder in Regierungsverantwortung gelangte.

Was ich noch gern verändert hätte? Als Sprecher meiner Fraktion im Europa- und Rechtsausschuss hätte ich gern eine verbindliche Regelung zwischen Landtag und Landesregierung erreicht, die – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – die Mitwirkungsrechte der Landtagsabgeordneten in Angelegenheiten der europäischen Rechtsetzung gestärkt hätte.

Mein schönstes Erlebnis als Abgeordneter liegt noch nicht lange zurück: Ich setze mich seit Jahren für einen besseren Schutz von Kindern vor Gewalt und sexuellem Missbrauch ein. Eine Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss zur Situation missbrauchter Kinder auch als Opfer von Übergriffen in Jugendeinrichtungen der DDR ermunterte mich und die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen demokratischen Fraktionen, einen Beschlusssentwurf für den Landtag vorzulegen. Diesen Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP, den ich in meiner letzten Landtagsitzung am 1. Juli einbringen durfte, hat der Landtag beschlossen. (Bezeichnend, dass die NPD-Fraktion komplett nicht anwesend war.) Auf dieses Vertrauen meiner Kolleginnen und Kollegen bin ich ebenso stolz wie auf die Tatsache, dass der Landtag unseres Landes damit beispielhaft zukunftsfähige Beschlüsse zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gefasst hat.

Jetzt freue ich mich auf mehr Zeit für meine Familie, meine Hobbys und für meine ehrenamtliche Tätigkeit, vor allem als Präsident des Landesverbandes der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft.

Fotos: Claudia Richter, Cornelius Kettler (2)



Familienkonvent

Der Landtag beschließt am 4. Juli, dass künftig alle zwei Jahre ein „Familienkonvent“ im Schweriner Schloss stattfinden soll. Der Konvent soll als landesweite Interessenvertretung die regionale und gesellschaftliche Vielfalt der Lebenssituationen von Familien abbilden und konkrete Anliegen der Familien an die Landespolitik herantragen.

Neue Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen

Am 2. Juli wählt der Landtag Marita Pagels-Heineking zur neuen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Sie löst Jörn Mothes ab, der nach zwei Amtsperioden nicht noch einmal gewählt werden durfte. Bis zu ihrem Wechsel auf die Landesebene leitete Marita Pagels-Heineking die Neubrandenburger Außenstelle für die Stasi-Unterlagen.

Landtag wählt neuen Ministerpräsidenten

Am 6. Oktober wählt der Landtag den 58-jährigen gebürtigen Westfalen Erwin Sellering zum Nachfolger von Dr. Harald Ringstorff, der am 4. Oktober aus Altersgründen aus dem Amt ausschied. Mit Ringstorff verlassen auch Finanzministerin Sigrid Keler und Verkehrsminister Dr. Otto Ebnet (beide SPD) das Kabinett. Während es bei der Union keine personellen Veränderungen gibt, gehören drei SPD-Minister dem neuen Kabinett erstmals an: die Landtagsabgeordnete Heike Polzin als Finanzministerin, der bisherige SPD-Landtagsfraktionschef Volker Schlotmann als Verkehrsminister und die Schweriner Kommunalpolitikerin Manuela Schwesig als Sozialministerin.

Volksinitiative „Kostenfreies Mittagessen in Grundschulen“ abgelehnt

Der Landtag lehnt am 22. Oktober mit deutlicher Mehrheit eine Volksinitiative für ein kostenloses Mittagessen in Grundschulen ab. Das Anliegen sei zwar sinnvoll, von den Kommunen aus Kostengründen derzeit aber nicht umsetzbar.

Volksinitiative Lubmin abgelehnt

Der Landtag lehnt am 22. Oktober nach heftiger Debatte mit den Stimmen von SPD und CDU die Volksinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“ mit Verweis auf das laufende Genehmigungsverfahren ab. Neben den Oppositionsfraktionen stimmen auch zwei Abgeordnete der SPD, in der es ebenfalls Widerstand gegen den Kraftwerksbau gibt, gegen die Ablehnung der Volksinitiative, drei weitere enthalten sich der Stimme. Mit der Entscheidung des Landtages sind die Bemühungen von

Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Grünen und Linken gescheitert, das Projekt des dänischen Konzerns Dong Energy auf politischem Wege zu stoppen.

Arbeitsgruppe „Ostseestrategie“

Am 14. November konstituiert sich in Danzig die Arbeitsgruppe „Ostseestrategie“ des „Parlamentsforums Südliche Ostsee“, der für den Landtag M-V Dr. Gottfried Timm (SPD), Werner Kuhn (CDU), Birgit Schwes (DIE LINKE) und Sigrun Reese (FDP) angehören.

Verdienstorden Westpommerns für Landtagspräsidentin

Sylvia Bretschneider wird am 10. November in Stettin mit dem „Goldenen Greif Westpommern“, der höchsten Auszeichnung der polnischen Nachbarwoiwodschaft, geehrt. Damit würdige man die Verdienste Sylvia Bretschneiders um die „fruchtbare Zusammenarbeit mit der Region Westpommern“, so die Begründung.

Mit Hochdruck bis zur BUGA

Damit die BUGA-Besucher 2009 das Schloss in seiner vollen Schönheit erleben können, wird im Jahr 2008 verstärkt gebaut. Insgesamt 6,3 Mio. Euro fließen in Maßnahmen zur Grundinstandsetzung und Bauunterhaltung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Sanierung zahlreicher Außenfassaden, der Dachaufbauten und der Nachgründung von Fundamenten.



Dr. Gottfried Timm (SPD)

Mitglied des Landtages seit 26. Oktober 1990
1998 – 2006 Innenminister M-V

An dieser Stelle ein persönliches Erlebnis: An einem lauen Sommerabend im Jahr 1991 zeigte ich meiner Familie meinen neuen Arbeitsplatz, den Landtag. Wir stiegen die breite Treppe hinauf, gelangten auf schmalen Stufen bis unter das Dach. Oben wurde es staubig, ein Fenster stand halb offen – wir stiegen hinaus und fanden uns auf dem Schlosdach wieder. Vorsichtig tasteten wir uns weiter, über wackelige Dachsteine, hinüber zu einem Turmfenster, das auch angelehnt war, stiegen dort leise hinein und dann die Treppen hinunter. Wir kamen in einen Flur, ein roter Teppich war ausgelegt, tasteten uns durch die Säle und fanden uns unvermittelt im Thronsaal wieder. Meine Tochter schlich sich auf den „großen Sitz“ und meinte: „Papa, hast Du es gut!“

Fotos: Cornelius Kettler (2), Rainer Cordes



2009

FSJ in der Demokratie

Der Landtag bietet erstmals fünf jungen Leuten die Möglichkeit, ein „Freiwilliges Soziales Jahr in der Demokratie“ (FSJ-D) im Parlament zu absolvieren. Auch in den Folgejahren nutzen Jugendliche diese Chance, den Landtag als Ort demokratischer Debatten und Entscheidungen zu erleben.

Neues Schulgesetz

Der Landtag verabschiedet am 28. Januar ein neues Schulgesetz, das die Einführung der so genannten Selbstständigen Schule vorsieht. Damit erhalten die Schulen mehr Freiheit bei der Gestaltung des Schulprogramms und der inneren Organisation sowie mehr Verantwortung bei Personal und Budget. Zuweisungen erhalten die Schulen künftig je Schüler und nicht mehr je Klasse.

Jugend im Landtag international

Vom 23. bis 27. März findet im Schweriner Schloss zum 6. Mal die Veranstaltung „Jugend im Landtag“ statt. 110 Jugendliche aus allen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns sowie aus Polen, Finnland und Spanien diskutieren miteinander und mit

Parlamentariern über Schulpolitik, Globalisierung, die EU, Klimawandel, Jugendpolitik, Rassismus und Vorurteile.

Energieland 2020

Am 13. Mai stellt die Landesregierung im Landtag ihr Konzept „Energieland 2020“ vor, das einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien vorsieht. So soll bis 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien aus Wind und Biogas fast versechsfacht werden. Der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger soll möglichst bis 2050 erfolgen.

6. Altenparlament

Am 25. Juni tritt das Altenparlament M-V zum 6. Mal zusammen. Die 71 Delegierten debattieren über den Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung und Prävention, Handlungsschwerpunkte für die ältere Generation, Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut, zur Sicherung der Renten und zur Partizipation älterer Menschen.

Erster Familienkonvent

Am 29. Juni tritt der 1. Familienkonvent im Schweriner Schloss zusammen. Ihm gehören 71 Delegierte an, die durch Vertreter der Lokalen Bündnisse für Familie ausgewählt wurden: Mütter, Väter und Großeltern sowie Vertreterinnen und Vertreter von



Renate Holznagel (CDU)

1. Vizepräsidentin
Mitglied des Landtages seit 4. Juni 1991

Für mich gibt es nicht den einen Erfolg oder Misserfolg. Insgesamt möchte ich die 20 Jahre als Mitglied des Landtages und die 13 Jahre als Vizepräsidentin nicht missen. Die spannende Aufbauarbeit der 1. Legislatur, die Höhen und Tiefen in unterschiedlichen Koalitionen, die vielen Gespräche mit den Menschen unseres Landes, aber auch die immer wieder erfolgreiche Arbeit in meinem Wahlkreis haben mich geprägt. Ich bin dankbar, dass ich die Chance hatte, in den letzten 20 Jahren unser Land mit zu gestalten. Als Vizepräsidentin des Landtages erinnere ich mich gern an die Ostseeparlamentarierkonferenz 2001 in Greifswald. Mit dieser begann eine neue Ära der Zusammenarbeit aller Ostseeanrainer. Damals haben wir sehr konkrete Schritte vereinbart, die die Schiffssicherheit verbesserten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum festschrieben.

Gern hätte ich den Menschen deutlicher vermittelt, wie wichtig in der Demokratie das eigene Engagement ist. Zu oft höre ich die Klage: „Die da oben machen doch, was sie wollen.“ Diesem Lamento gilt es zu begegnen. Geben wir die im Herbst 1989 erkämpfte Demokratie nicht leichtfertig auf. Demokratie erfordert Mitmachen. Das ist mitunter an-

strengend, aber es bereitet auch Freude. Dass Demokratie und Freiheit in unserem Land weiter wachsen, liegt mir am Herzen.

An eine Episode, die nicht vordergründig mit meiner politischen Arbeit zu tun hat, erinnere ich mich immer wieder gern: Als die Schlossfestspiele noch auf dem Schlossinnenhof stattfanden, kam ich mit meinem siebenjährigen Großneffen durch den Haupteingang. Die Theaterprobe lief. Ritter und Pferde füllten den Innenhof. Da rief er ganz erstaunt: „Und ich dachte, die sind ausgestorben.“ Wie wichtig es ist, Geschichte hautnah zu erleben, ist mir an diesem Erlebnis bewusst geworden, und ich war richtig dankbar, dass wir das Schloss als Sitz des Landtages in die Verfassung geschrieben haben. Der Slogan „Von Fürstensitz zum Zentrum der Demokratie“ hat damit einen realen Sinn erhalten.

Nach dem Abschied vom Landtag werde mich auf meine ehrenamtliche Arbeit konzentrieren. Dazu gehört mein Engagement im Bund der Vertriebenen, im Evangelischen Arbeitskreis der CDU, der Synode der zusammenwachsenden Evangelischen Kirche im Norden, aber auch beim Reservistenverband. Und natürlich freue ich mich, dass ich mehr Zeit zu Hause verbringen kann.

Fotos: Rainer Cordes, Claudia Richter, Cornelius Kettler



Vereinen und Verbänden. Auf der Tagesordnung stehen die Themen Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben, Familienbildung sowie Kinderbetreuung und Kindertagesförderung.

Parlamentsforum Südliche Ostsee

Vom 5. bis 7 Juli findet im Schweriner Schloss die 7. Konferenz des Parlamentsforums statt. Themen sind Verkehr und Energie, maritime Wirtschaft und Sicherheit sowie Tourismus und Kultur. Zu den 110 Teilnehmern gehören auch Jugendvertreter aller acht beteiligten Regionalparlamente.

Experten sehen Schloss als Welterbe

Beim 11. Schlossgespräch des Landtages am 15. Juli diskutieren Experten die Frage „Das Schweriner Schlossareal auf der Welterbeliste - Illusion oder Perspektive?“ Das Schloss gehöre als schützenswertes Kulturgut auf die UNESCO-Liste, so der Tenor der Diskussion.

Neuer Anlauf für Verwaltungsreform

Der Landtag nimmt mit einer Generaldebatte auf seiner letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause am 16. Juli erneut Anlauf zu einer grundlegenden Verwaltungsreform. Die Entwürfe zum Finanzausgleichsgesetz sowie zu den Gesetzen über die Kreisstrukturreform und die Aufgabenverlagerung auf die Kreise werden mit Koalitionsmehrheit zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

Entscheidung zum 70. Jahrestag des Kriegsbeginns

Am 24. September verabschiedet der Landtag mit den Stimmen der vier demokratischen Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und FDP eine Entscheidung zum 70. Jahrestag des Kriegsbeginns. Das Parlament bekennt sich darin zu seiner Verantwortung für Freiheit, Gerechtigkeit und ein „würdiges Leben für alle – in Frieden, ohne Hass, ohne nationalistischen Hochmut und ohne

politische Verblendung“. Die Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges überschatten die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland bis heute, heißt es in der Erklärung. Der Landtag werde deshalb in Zukunft noch enger mit den polnischen Nachbarn für eine Aussöhnung zusammenarbeiten. Die NPD-Abgeordneten stimmen der Erklärung nicht zu.

Gegen Seen-Verkauf

Der Landtag spricht sich in seiner Aktuellen Stunde am 21. Oktober mehrheitlich gegen den Verkauf der mehr als 200 noch in Bundesbesitz befindlichen Seen aus und fordert die kostenlose Übertragung an das Land. Der Verkauf von Gewässern durch die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) war nach Protesten in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im August bis zum Jahresende ausgesetzt worden.

Festakt im Schloss zum Mauerfall

Die Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein erinnern am 9. November in einer gemeinsamen Festveranstaltung im Schweriner Schloss an den Mauerfall vor zwanzig Jahren.

Ohne Neuverschuldung

Am 17. Dezember verabschiedet der Landtag den Doppeletat für 2010 und 2011. Die Ausgaben sollen bei etwa sieben Milliarden Euro jährlich konstant bleiben. Das Land will ohne neue Kredite auskommen; Steuerausfälle sollen aus den Rücklagen ausgeglichen werden.

Rauchen in Eckkneipen erlaubt

Am 16. Dezember beschließt der Landtag eine Novellierung des Nichtraucherschutzgesetzes. Rauchen in so genannten Eckkneipen ist künftig mit Auflagen erlaubt.



Gabriele Měšťán (DIE LINKE)

Mitglied des Landtages seit 26. Oktober 1998, langjährige Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion und stellv. Vorsitzende der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“

Ein neuer Lebensabschnitt beginnt für mich, südlicher in Europa, in Südböhmen. Ich will mich bei allen Mitgliedern der demokratischen Fraktionen für die Zusammenarbeit, soweit sie konstruktiv, streitbar und respektvoll verlief, besonders den Kommunalpolitikern unter uns, die mit mir im Innenausschuss, in der Enquete-Kommission und

im Ältestenrat tätig waren, herzlich bedanken. Oder kurz in meiner künftigen zweiten Muttersprache: Srdečne dekuju, všecno nejlepši a na skledanou. Herzlichen Dank, alles Gute und auf Wiedersehen. Vielleicht in České Budějovice, in Südböhmen.

Fotos: Claudia Richter, Cornelius Kettler



2010

Änderung der Geschäftsordnung

Künftig können Bitten und Beschwerden auch als Online-Petition an den Petitionsausschuss des Parlaments gerichtet werden. Zudem beschließt das Parlament erweiterte Sanktionsmöglichkeiten bei Ordnungsverstößen in den Plenarsitzungen.

Kommunaler Ausgleichsfonds

Der Landtag beschließt am 27. Januar die Einrichtung eines Fonds im Umfang von 137 Mio. Euro, um Gemeinden, Städten und Kreisen über finanzielle Engpässe hinwegzuhelfen. Anfallende Zinsen übernimmt das Land.

Zusammenarbeit im Ostseeraum

Am 22. Januar konstituiert sich in Rostock die Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz „Integrierte Maritime Politik“. Zum Leiter dieses Gremiums wird der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Landtages M-V, Jochen Schulte, berufen. Am 3. Februar konstituiert sich in Kopenhagen die Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“, in welcher der Landtag durch Dr. Armin Jäger vertreten wird.

Zwischenbericht zu Landesprogramm

Im Kampf für Demokratie und Toleranz hat Mecklenburg-Vorpommern Erfolge zu verzeichnen, aber auch noch Herausforderungen zu bestehen. Das zeigt der Zwischenbericht zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“, den die Landesregierung dem Landtag am 12. März vorlegt. Der Landtag hatte das Landesprogramm im April 2006 beschlossen.

Wettbewerb zur Lichtinszenierung des Schlosses

Der Landtag lobt einen Planungswettbewerb zur Lichtinszenierung des Schweriner Schlosses aus. Ziel des Wettbewerbs ist es, das nächtliche Erscheinungsbild des Schlosses durch eine innovative Architekturbeleuchtung aufzuwerten.

Jubiläumsjahr

2010 feiert die Stadt Schwerin ihren 850. Geburtstag. Mit einem Schlossgespräch „20 Jahre Landeshauptstadt Schwerin“ am 25. Mai erinnert der Landtag daran, dass es 2010 noch ein zweites Schwerin-Jubiläum gibt, nämlich den 20. Jahrestag als Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern.

850-Jahr-Feier Schwerin

Der Landtag wirkte mit einem eigenen Festwagen „Der schönste Landtagssitz Deutschlands“ am historischen Festumzug am 5. Juni mit. „Vom Fürstensitz zum Zentrum der Demokratie“ lautete die Botschaft. Beteiligt ist der Landtag auch am Abschlussbild des Umzugs: dem riesigen, futuristisch anmutenden Colani-Truck der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Die Botschaft für die über 150.000 Schaulustigen unübersehbar: Vielfalt für die nächsten 850 Jahre!

Neue Polizeistruktur

Am 9. Juni beschließt der Landtag die Reform der Polizeistruktur. Die bisherigen fünf Polizeidirektionen fallen weg. An der Spitze der Landespolizei stehen künftig zwei Polizeipräsidien (Rostock und Neubrandenburg). Die Zahl der Polizeiinspektionen wird von 17 auf acht reduziert. Die Bürgernähe der Polizei soll erhalten bleiben. Darum wird keines der 37 Polizeireviere im Land geschlossen.



Hans Kreher (FDP)

3. Vizepräsident
Mitglied des Landtages seit 16. Oktober 2006

Zu meinen Erfolgen zähle ich, dass ich sowohl als Landtagsabgeordneter als auch als Vizepräsident vielfältige Möglichkeiten hatte, Kontakte zu Kulturschaffenden – von der Filmszene über den Bereich Bildende Kunst, Literatur, Musik, Theater bis zur Soziokultur – zu knüpfen. Auch meine Aktivitäten im Bereich Denkmalpflege (Gutsanlagen) und Archäologie gehören dazu.

Das schönste Erlebnis im Landtag kann ich nicht auf ein Ereignis reduzieren. Es war die kollegiale Zusammenarbeit im Präsidium über

Parteilinien hinweg und die fachkundige Unterstützung durch die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Nach meiner Landtagszeit werde ich mich weiter für das Kulturland Mecklenburg-Vorpommern engagieren, denn hier hat unser Bundesland noch viele Reserven. Daneben habe ich hoffentlich Zeit, um selbst zu malen, zu lesen und zu schreiben. Außerdem bleibe ich noch drei Jahre Bürgermeister von Bad Kleinen und möchte mich auch weiter im Kreistag engagieren.

Fotos: Jens Büttner, büro v.i.p., Claudia Richter



Landtag beschließt Verwaltungsreform

Am 7. Juli verabschiedet das Parlament das „Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes“ (Kreisstrukturreform) und das „Gesetz über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung“ (Funktionalreform) und entscheidet auch über die neuen Kreissitze. Statt der bisher zwölf Landkreise soll es künftig nur noch sechs geben. Neubrandenburg, Greifswald, Stralsund und Wismar – bisher kreisfrei – werden in die Landkreise einbezogen, nur Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin bleiben kreisfrei. Vor dem Schloss demonstrieren hunderte Menschen für ihre Stadt als künftigen Kreissitz. Wegen des großen Interesses wird erstmals eine Landtagssitzung live auf einer Großbildleinwand auf dem Alten Garten übertragen.

Seniorenmitwirkungsgesetz

Der Landtag verabschiedet am 7. Juli ein Seniorenmitwirkungsgesetz. Das Gesetz erlaubt dem Landesseniorenbeirat, der Landesregierung künftig Gesetze vorzuschlagen. Zudem muss der Beirat angehört werden, bevor die Regierung Gesetzentwürfe in den Landtag einbringt oder Vorschriften erlässt, welche die Belange von Senioren betreffen.

Neues Kita-Gesetz

Am 8. Juli beschließt der Landtag ein neues Kindertagesförderungsgesetz. Die Ausgaben des Landes für die Kinderbetreuung steigen auf jährlich 131 Mio. Euro. Dafür sollen unter anderem die Gruppengrößen im Kindergarten von 18 auf 17 Kinder verkleinert und Kitas in sozialen Brennpunkten besonders unterstützt werden. Zudem bekommen die Erzieherinnen mehr Zeit für Vorbereitungen und Elterngespräche.

Neues Wahlgesetz

Am 15. Dezember verabschiedet der Landtag ein neues Landeswahlgesetz. Zu den Neuerungen gehört, dass künftig vor einer Kommunalwahl kandidierende Landräte und Bürgermeister erklären müssen, ob sie das Mandat in Kreistag oder Gemeindevertretung im Falle ihrer Wahl annehmen. So sollen Scheinkandidaturen erkennbar werden. Die von der Linksfraktion geforderte Absenkung des Wahlalters auf Landesebene von 18 auf 16 Jahre wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

UNESCO-Welterbe Schweriner Schloss

Am 7. September unterzeichnen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Kultusminister Henry Tesch und Schwerins Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow eine Vereinbarung zur Bewerbung des Schweriner Schlossensembles als Welterbe der

UNESCO. Darin verpflichten sich Land und Landeshauptstadt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um schnellstmöglich auf die deutsche Vorschlagsliste für die Aufnahme als Weltkulturerbe zu kommen.

Bushaltestelle Schloss

Seit August 2010 ist das Schweriner Schloss auch bequem mit dem ÖPNV zu erreichen. Die Haltestellen der Buslinie 10, die direkt über den Bahnhof fährt, sind unmittelbar an der Schlossbrücke, sodass Besucher nur wenige Schritte bis zum Landtag, ins Schlossmuseum, in den Burg- oder den Schlossgarten gehen müssen.

Tag der offenen Tür

Am 12. September nutzen Tausende die Chance, sich über die Arbeit des Landesparlamentes zu informieren. Highlight im wahrsten Sinne des Wortes ist der Aufstieg in die Niklothalle und in die Goldene Prunkkuppel. Vor dem Schloss stellt das Demokratiebündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ sein Anliegen und geplante Aktionen vor.

Bilanz nach 20 Jahren Deutscher Einheit

Nach zwei Jahrzehnten deutscher Einheit zieht der Landtag am 15. September in einer Aktuellen Stunde eine differenzierte Bilanz über den Aufbau Ost. Gewürdigt wird in der Debatte von nahezu allen Rednern der Wert der friedlichen Revolution.

Mary und Frederik

Am 27. und 28. September begleitet Ministerpräsident Erwin Sellering das dänische Kronprinzenpaar Frederik und Mary bei seinem offiziellen Besuch in Mecklenburg-Vorpommern. Stationen der zweitägigen Rundreise sind Stralsund, Schwerin, Rostock und Güstrow. Im Schweriner Schloss besichtigen Frederik und Mary die Prunkräume des Schlossmuseums, tragen sich ins Gästebuch des Landtages ein und dinieren mit rund 60 geladenen Gästen im Schlosscafé.

Neuer Datenschutzbeauftragter

Der Landtag wählt am 13. Oktober den SPD-Abgeordneten Reinhard Dankert zum neuen Datenschutzbeauftragten für M-V. Vor Antritt seines neuen Amtes muss Dankert sein Landtagsmandat, das er seit 1994 innehat, niederlegen. Der gelernte Schiffsingenieur löst Karsten Neumann ab, dessen sechsjährige Amtszeit turnusgemäß im Dezember 2010 ausläuft und der bei seiner nochmaligen Kandidatur nicht die erforderlichen Ja-Stimmen erreicht.

Fotos: Jens Büttner



Rückblick auf fünf Jahre Parlamentsarbeit

Landtag feiert 20-jähriges Bestehen

Der Landtag M-V feiert am 26. Oktober mit einem Festakt im Schweriner Schloss sein 20-jähriges Bestehen. In ihren Grußworten würdigen Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider, Ministerpräsident Erwin Sellering und Landesverfassungsgerichtspräsidentin Hannelore Kohl die enormen Leistungen insbesondere in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung und bekräftigten den unschätzbaren Wert der parlamentarischen Demokratie. Die Festrede hält Rainer Prachtl, Landtagspräsident von 1990 bis 1998.

Tag der Menschen mit Behinderungen

Auf Beschluss des Landtages findet am 28. Oktober im Schweriner Schloss erstmals ein „Tag der Menschen mit Behinderungen“ statt. 71 Delegierte aus ganz M-V diskutieren über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Barrierefreiheit, das Persönliche Budget und die Teilhabe behinderter Menschen an einer freien Gesellschaft.

Unterstützer-Treffen der Demokratie-Initiative

Mehr als 130 Unterstützer des überparteilichen Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ kommen am 15. Oktober im Schweriner Schloss zusammen. Die haupt- und ehrenamtlich in Demokratie-Initiativen, Regionalzentren, Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden oder Verwaltungen wir-

kenden Akteure tauschen sich über ihre Erfahrungen aus und sammeln neue Anregungen für demokratisches Engagement vor Ort.

Jugend im Landtag 2010

Das viertägige Jugendprojekt, das wie in den Vorjahren vom Landesjugendring M-V in Kooperation mit dem Landtag im Schweriner Schloss organisiert und durchgeführt wird, steht unter dem Motto „Jugendperspektiven? Selbermachen!“. Bei der Workshop-Arbeit geht es um die Themen Bildung, Arbeit und Ausbildung, Umwelt und Freizeit. Wichtiger Bestandteil der Projektarbeit sind Diskussionsrunden mit Abgeordneten.

Neues Hochschulgesetz

Der Landtag beschließt am 15. Dezember ein neues Hochschulgesetz. Der Zugang von Bachelorabsolventen zum Masterstudium wird erleichtert. Künftig können die Hochschulen Absolventen auf Antrag wieder einen Diplomgrad verleihen. Die Hochschulen können Studierenden auch ein Teilzeitstudium ermöglichen und regeln die Modalitäten für die Abschlussbeurteilung eigenständig. Zum 1. Januar 2012 wird die Teilkörperschaft Universitätsmedizin Rostock errichtet.



Andreas Bluhm (DIE LINKE)

2. Vizepräsident
Mitglied des Landtages seit 26. Oktober 1990

Meine größten Erfolge? Ich bin stolz darauf, dazu beigetragen zu haben, dass die Diskussion um die Rolle von guter Bildung einen breiten gesellschaftlichen Raum einnimmt. Vielleicht konnte ich auch dazu beitragen, dass das Parlament seine eigenständige Rolle im Lande gut wahrnehmen kann, aber da gibt es noch so manche Reserven.

Was ich noch gern verändert hätte? Ein wirklich zukunftsfähiges Bildungssystem mit einer gemeinsamen Schule für alle, ein in die Zukunft gerichtetes System der Lehrerbildung, die bedarfsgerechte Anpassung des Sportförderungsgesetzes, ... ! Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung des Verhältnisses von Legislative und Exekutive ist ebenfalls noch offen. Und vieles mehr hätte ich noch gern verändert, aber man muss den Staffelstab auch weitergeben!

Neben so mancher politischen Niederlage gab es auch viele schöne Erlebnisse, z.B. die Bildung der ersten rot-roten Regierungskoalition 1998, die Wahlen zum Vizepräsidenten des Landtages, viele gute Kontakte mit Hunderten interessanten Menschen aus dem Land und der Welt. Am meisten beeindruckt haben mich die Tage während der Reise zum Vatikan und die Generalaudienz beim Papst.

Meine Zukunftspläne? Nach 21 Jahren im Landtag ist es an der Zeit, erst einmal Abstand zur vollberuflichen Politik zu bekommen. Vieles ist während der Zeit auch etwas auf der Strecke geblieben, z.B. die Zeit für Familie und Freunde, für Hobbys, für gute Bücher. Ich freue mich auf mehr Zeit für meine Enkelkinder und natürlich auch neue Herausforderungen. Vieles in der ehrenamtlichen Arbeit möchte ich weiterführen, z.B. im Präsidium des Landessportbundes M-V.

Fotos: Jens Büttner, Uwe Balewski, Landesjugendring



2011

Dioxin-Skandal

Zur Verhinderung von Futtermittelverunreinigungen wie im jüngsten Dioxinskandal verlangt der Landtag am 26. Januar strengere Kontrollen und Strafen für Kriminelle. Das Parlament fordert die Landesregierung auf, über die Umsetzung des von Bund und Ländern beschlossenen Aktionsplans zu berichten.

Parlamentsforum Südliche Ostsee

Dreißig Parlamentarier aus der Region der südlichen Ostsee treffen am 31. Januar zu einer internationalen Arbeitsgruppensitzung im Schweriner Schloss zusammen. Die Arbeitsgruppe zieht eine Zwischenbilanz zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie und berät weitere Schritte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Plenarsaal-Wettbewerb entschieden

Das Preisgericht erklärt am 25. Februar einstimmig den Entwurf des Münchner Büros „Dannheimer & Joos Architekten“ zum Sieger des Architekten-Wettbewerbs für einen neuen Plenarsaal und bestimmt zudem drei dritte Preisträger. Mit Zustimmung der Parlamentarischen Baukommission vergibt der Landtag den Planungsauftrag an das Siegerbüro. Die Grundsatzentscheidung für einen Neubau muss der neue Landtag treffen und die Finanzmittel in den Landeshaushalt 2012/13 einstellen. Bei einer geschätzten Bauzeit von ca. 30 Monaten könnte der neue Plenarsaal frühestens 2015 fertig sein.

Sympathie-Oscar

Für ihr Engagement im Rahmen des Demokratie-Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ wird Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am 16. Januar im Schweriner Schlossparkcenter mit einem „Sympathie-Oscar“ geehrt. Die musikalische Laudatio hält Sebastian Krumbiegel, Sänger der Band „Die Prinzen“ und WIR-Unterstützer.

Landtag gedenkt der Katastrophen-Opfer in Japan

Mit einer Schweigeminute gedenken die Abgeordneten zu Beginn der Landtagssitzung am 16. März der Tsunami- und Erdbeben-Opfer in Japan.

Befugnisse für Polizei erweitert

Der Landtag ändert am 16. März das Sicherheits- und Ordnungsgesetz. Die Polizei darf künftig bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestimmte Daten über Menschen sammeln, etwa zu deren Gesundheit, weltanschaulicher Überzeugung oder Religion. Spezialeinheiten der Polizei werden zudem mit sogenannten Tasern (Distanz-Elektroimpuls Waffen) ausgerüstet.

Lehrer-Referendariat verkürzt

Der Landtag ändert am 16. März das Schulreformgesetz. Das Referendariat für angehende Lehrer wird von 24 auf 18 Monate verkürzt, sodass kurzfristig mehr Referendare eingestellt werden können, um dem drohenden Lehrermangel zu begegnen.

Ältestenrat besucht Israel

Eine Delegation des Landtages unter Leitung von Sylvia Bretschneider reist vom 20. bis 27. März nach Israel. Die Abgeordneten der vier demokratischen Fraktionen besuchten in Jerusalem das israelische Parlament, die Knesset, und sprechen mit Parlamentariern verschiedener Fraktionen über die Beziehungen beider Staaten zueinander. Zum Programm gehören auch ein Besuch in der Staatlichen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und ein Treffen mit der Holocaust-Überlebenden Batsheva Dagan, welche als Zeitzeugin seit 2002 Veranstaltungen des Landtages begleitet. Die Delegation besucht außerdem die Hebräische Universität in Jerusalem, eine Firma für Elektro-Mobilität und informiert sich über die Probleme in den palästinensischen Autonomiegebieten.

Abwasser-Entsorgung in Kleingärten

Die Unterstützung für Kleingärtner beschäftigt den Landtag am 14. April. Die Verbände und Vereine, denen die Besitzer der Parzellen angehören, wehren sich gegen die Kosten für die geforderte ordnungsgemäße Abwasserentsorgung.

Familienkonvent im Schloss

Am 6. Mai tagt der Familienkonvent zum zweiten Mal im Landtag. In drei Arbeitsgruppen zu den Themen „Frühkindliche Förderung“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sowie „Schulische und schulergänzende Betreuung“ diskutieren Eltern, Verbandsvertreter, Lehrer und Sozialarbeiter ihre Erfahrungen und Positionen und formulieren Forderungen an die Landespolitik.

Fotos: Uwe Balewski, Jens Büttner, Dirk Lange



Rückblick auf fünf Jahre Parlamentsarbeit

Paul-Spiegel-Preis

Der Zentralrat der Juden in Deutschland zeichnet am 12. Mai Birgit und Horst Lohmeyer aus Jamel bei Wismar für ihre Zivilcourage mit dem Paul-Spiegel-Preis aus. Das Ehepaar kämpft in dem nordwestmecklenburgischen Dorf gegen die Dominanz der dort ansässigen Nazis. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider würdigt das mutige Engagement der Familie Lohmeyer als beispielhaft.

Gräberstättengesetz

Der Landtag schiebt dem Missbrauch von Gräber- und Gedenkstätten in M-V durch extremistische Gruppierungen einen gesetzlichen Riegel vor. Auf Grundlage des Gräberstättengesetzes, das der Landtag am 18. Mai gegen die Stimmen der NPD beschließt, können Amts- und Gemeindeverwaltungen fortan etwa „Aufmärsche und Veranstaltungen zum Heldengedenken“ verbieten.

7. Altenparlament

Am 26. Mai versammeln sich 71 Vertreter von Seniorenvereinen und -verbänden zum 7. Mal im Schweriner Schloss. Sie beraten zu den Themen demografischer Wandel, moderne Wohnformen im Alter und Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement.

Umweltpreis des Landtages

Am 22. Juni vergibt der Landtag zum 12. Mal seinen Umweltpreis. Den Preis teilen sich die Guter Heinrich GbR aus Jatznick-Waldeshöhe (15.000 Euro) und Jürgen Reich aus Bartenshagen (10.000 Euro). Insgesamt waren zum Thema „Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“ 31 Beiträge eingereicht worden. Die Preisträger werden am 22. Juni im Thronsaal des Schweriner Schloss ausgezeichnet. Der mit 25.000 Euro dotierte Preis ist bis heute der einzige deutsche Umweltpreis, der von einem Landesparlament vergeben wird.

Tag der offenen Tür im Landtag

Am 26. Juni lädt der Landtag zum traditionellen „Tag der offenen Tür“ ein. Und fast 17.000 Besucher nutzten die Chance, sich über die Arbeit des Landesparlamentes zu informieren und das Schweriner Schloss mit seine unterschiedlichen Nutzungen und Angeboten zu erkunden.

Abschluss-Marathon

Der Landtag beendet die 5. Wahlperiode mit einem Sitzungs-marathon. An den vier Plenartagen vom 28. Juni bis 1. Juli stehen 48 Tagesordnungspunkte auf dem Programm, darunter allein 17 Gesetzesnovellen. Zu den wichtigsten Beschlüssen gehören die Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung und ein von allen vier demokratischen Fraktionen eingebracht und einhellig verabschiedeter Beschluss zum besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch und sexueller Gewalt.

Parlamentsarbeit in Zahlen

	4. Wahlperiode (4 Jahre)	5. Wahlperiode (5 Jahre)
--	-----------------------------	-----------------------------

Landtagssitzungen	82	127
Drucksachen	2.422	4.475
Offene Abstimmungen	1.283	2.683
Namentliche Abstimmungen	18	162
Geheime Abstimmungen (Wahlen)	31	40
Ältestenratssitzungen	143	204
Sitzungen der Fachausschüsse	941	1.066
Verabschiedete Gesetze bzw. Gesetzesnovellen	115	134
Besuchergruppen Landtag / Besucherschiff	1.213 / 38.047	1.458 / 42.187 (davon 20.800 Jugendliche)

Ordnungsmaßnahmen	4. Wahlperiode (4 Jahre)	5. Wahlperiode (5 Jahre)
-------------------	-----------------------------	-----------------------------

Zurückweisung unparlamentarischer Äußerungen (Stand 121.Sitzung)	21	188 (130 NPD)
Ruf zur Sache	240	29 (26 NPD)
Ordnungsruf	21	557 (486 NPD)
Wortentziehung	–	76 (74 NPD)
Ausschluss von der Sitzung	–	44 (44 NPD)

Foto: Jens Büttner



Artenvielfalt erhalten

Umweltpreis des Landtages vergeben

■ Die Preisträger des Umweltpreises 2010/2011 des Landtages stehen fest. Den mit insgesamt 25.000 Euro dotierten Preis teilen sich die Guter Heinrich GbR aus Jatznick-Waldeshöhe (15.000 Euro) und Jürgen Reich aus Bartenshagen (10.000 Euro). Die Preisträger wurden am 22. Juni im Schweriner Schloss während einer Feierstunde von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider ausgezeichnet.

Um den Umweltpreis des Landtages zum Thema „Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“ hatten sich 31 Beiträge beworben. Die von den Preisträgern eingereichten Projekte überzeugten die Jury des Agrarausschusses in herausragender Weise. „Mit der Guter Heinrich GbR aus dem Landkreis Uecker-Randow erhält erstmals ein landwirtschaftlicher Betrieb diese Auszeichnung“, sagte Jury-Vorsitzender **Udo Timm**. Der Preisträger habe anhand einer vegetationskundlichen Kartierung der auf den betrieblichen Grünland- und Ackerflächen vorkommenden Gefäßpflanzenarten den Nachweis geführt, dass mit geeigneten Bewirtschaftungsmethoden die Artenvielfalt erhöht werden kann. Zweiter Preisträger ist der Naturschützer Jürgen Reich aus dem Landkreis Bad Doberan. Er erhält den Preis für das Projekt „Wildes Küstenland – unterwegs in Mecklenburg-Vorpommern“. Mit aussagekräftigen Bildern und einprägsamen Texten bringe Reich die Naturschönheiten des Landes nahe und leiste damit auch einen Beitrag zu einer höheren Akzeptanz des Naturschutzes sowie zur Umweltbildung und -erziehung, begründete Udo Timm die Entscheidung



Foto: Karen Efland

Umweltpreis-Verleihung am 22. Juni im Thronsaal des Schweriner Schlosses.

der Jury. Am Umweltpreis-Wettbewerb des Landtages konnten sich Einzelpersonen aller Altersstufen, Gruppen, Verbände sowie juristische Personen beteiligen. Wissenschaftler der Universität Rostock und der Hochschule Neubrandenburg sowie Experten aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz hatten alle Projekte begutachtet und ihre Einschätzungen der Jury zugearbeitet.

Seit 1992 lobt der Landtag M-V den Umweltpreis zum Gedenken an den bedeutenden Naturforscher und Historiker aus Neubrandenburg Ernst Boll (1817 – 1868) aus. Der mit 25.000 Euro dotierte Preis ist bis heute der einzige deutsche Umweltpreis, der von einem Parlament vergeben wird. Der Landtag will mit seinem Umweltpreis herausragende Initiativen zum Umwelt- und Naturschutz würdigen, die weitere Arbeit der Preisträger fördern und zur umweltpolitischen Bewusstseinsbildung im Land beitragen. Ausgezeichnet werden Leistungen, die Vorbildfunktion haben, an anderer Stelle wiederholbar sind und dazu beitragen, Mecklenburg-Vorpommern als attraktiven Lebensraum zu erhalten.

Petermännchen zieht um



Foto: Dirk Lange

■ Große Freude bei den Lütten von der Kita „Kirschblüte“: sie haben beim Malwettbewerb des Landtages und der Petermännchenkulturfördergesellschaft zum Thema „Das Petermännchen und sein Schloss“ den Hauptpreis gewonnen! Die hölzerne Petermännchenfigur, die seit der Märchenausstellung im vergangenen Jahr vor dem Haupteingang des Schlosses stand, hat nun ihr neues Zuhause in der Schweriner Weststadt und erfreut dort sicher nicht nur die „Kirschblüten-Kinder“. Den 2. Preis errang die Kindertagesstätte „Anne-Frank“ aus Schwerin-Lankow, der 3. Preis ging an die Kita „Haus Sonnenschein“ auf dem Großen Dreesch. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hatte die Preisträger am 30. Juni ins Schweriner Schloss eingeladen. Bei einer Exklusivführung konnten sich die Kinder höchstpersönlich auf die Spuren von Petermännchen begeben.





Foto: Dirk Lange

Blickpunkt Schloss

Anstrahlung des Schweriner Schlosses kommt voran

■ Während des Landtags-Sommerfestes am 29. Juni übergab Gerhard Fuchs (Mitte) im Namen der Stiftung „Lebendige Stadt“ im Beisein von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider an die IHK-Initiative „Blickpunkt Schloss“, vertreten durch den IHK-Präsidenten Hans Thon, einen Scheck in Höhe von 20.000 Euro zur Unterstützung des Projektes Lichtinszenierung des Schlosses Schwerin.

Seit Juni 2008 ist auf Initiative der IHK die Stiftung „Lebendige Stadt“ in das Anstrahlungsprojekt einbezogen. Die Stiftung

bringt sich gestalterisch in das Projekt ein. Zur Entwicklung eines neuen Gesamtkonzeptes zur Anleuchtung des Schweriner Schlosses wurde im Jahr 2010 ein Wettbewerb unter Lichtplannern ausgelobt. Den ersten Preis erhielt das Büro Lichtplanung Burkhard Wand aus Hamburg. Bisher wurde der erste Bauabschnitt, die Anstrahlung der Prunkkuppel und der Hauptportalfassade, realisiert. Eingesetzt wird die wartungsarme und energiesparende LED-Technik.

Die Stiftung „Lebendige Stadt“ stellt insgesamt 40.000 Euro zweckgebunden für die Realisierung der Anstrahlung des Schlosses zur Verfügung. Davon wurden für eine Analyse der Umgebungsbeleuchtung sowie Planungsleistungen bereits 20.000 Euro ausgezahlt. Die restliche Finanzierung erfolgt aus Spendenmitteln des Landtages.

Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“, erklärte jüngst zum Projekt in Schwerin: „Meine Stiftung hat sich mit den Lichtinszenierungen des Berliner Reichstagsgebäudes, des Kölner Rheinufer und der Hamburger Speicherstadt eine viel beachtete Kompetenz auf dem Gebiet künstlerischer Illuminationen erarbeitet. Von daher freut es mich, dass unsere Unterstützung auch bei der Illumination des Schweriner Schlosses als Wahrzeichen Mecklenburg-Vorpommerns angefragt wurde. Das Bauwerk wird zukünftig dezent und würdevoll in Szene gesetzt, und gleichzeitig senkt die moderne und energieeffiziente Lichttechnik den Energieverbrauch und schont somit Umwelt und Kasse.“

Chancen und Risiken des Internets

Landtagsdirektoren zum Erfahrungsaustausch im Schweriner Schloss

■ Auf Einladung des Direktors des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Armin Tebben (Bildmitte), haben am 27. Juni Direktoren und Abteilungsleiter mehrerer deutscher Landesparlamente sowie des Deutschen Bundestages in Schwerin getagt. Die Arbeitsgruppe „Chancen und Risiken des Internets“ der Direktorenkonferenz der Landesparlamente tauschte sich über den Stellenwert der Nutzung von Onlinemedien aus,

diskutierte die Präsenz der Landtage in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia und die Rolle von sozialen Netzwerken. Intensiv erörterten die Verwaltungschefs die Chancen und Risiken bei der Nutzung so genannter mobiler Endgeräte (Smart-Phones, Ipad etc.). Auch Rechtsfragen bei der Nutzung des Internets wurden besprochen.

„Der Einsatz elektronischer Medien ist aus dem Parlament nicht mehr wegzudenken“, begründet Tagungsleiter Armin Tebben die Themenwahl. „Als Dienstleister für die Abgeordneten sind die Landtagsverwaltungen gefordert, die entsprechenden technischen Voraussetzungen zu schaffen. Zugleich tragen wir Verantwortung, dass der Einsatz moderner Kommunikationstechniken und -geräte in der parlamentarischen Arbeit mit hohen Sicherheitsstandards einhergeht“, betonte er. Auch deshalb sei der Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Landtagen unverzichtbar.



Landtagsdirektoren mehrerer Bundesländer berieten im Schweriner Schloss

Foto: Dirk Lange

Begegnung mit der Politik

Tag der offenen Tür im Landtag

■ Rund 17.000 Besucher haben zum Tag der offenen Tür am 26. Juni den Weg in den Landtag gefunden. Die Abgeordneten informierten an diesem Sonntag über ihre Arbeit und stellten sich den Fragen ihrer zahlreichen Gäste. „Auch ich hatte viele interessante Gespräche. Dabei habe ich nichts von der oft zitierten Politikverdrossenheit gespürt. Das stimmt mich sehr zuversichtlich für die Landtagswahl im Herbst“, zog Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider ein positives Resümee. Normalerweise nicht öffentlich zugängliche Bereiche des Schlosses konnten besichtigt werden – wie die früheren Wohnräume des Großherzogs, in denen sich heute die Landtagsbibliothek befindet, das Büro der Landtagspräsidentin, das Ältestenratzzimmer sowie weitere Sitzungs- und Arbeitsräume. Im Plenarsaal stießen Podiumsdiskussionen auf großes Interesse. Die Fraktionen des Landtages präsentierten sich im Innenhof. Vor dem Schloss bot die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ ein buntes Informations- und Mitmachprogramm.

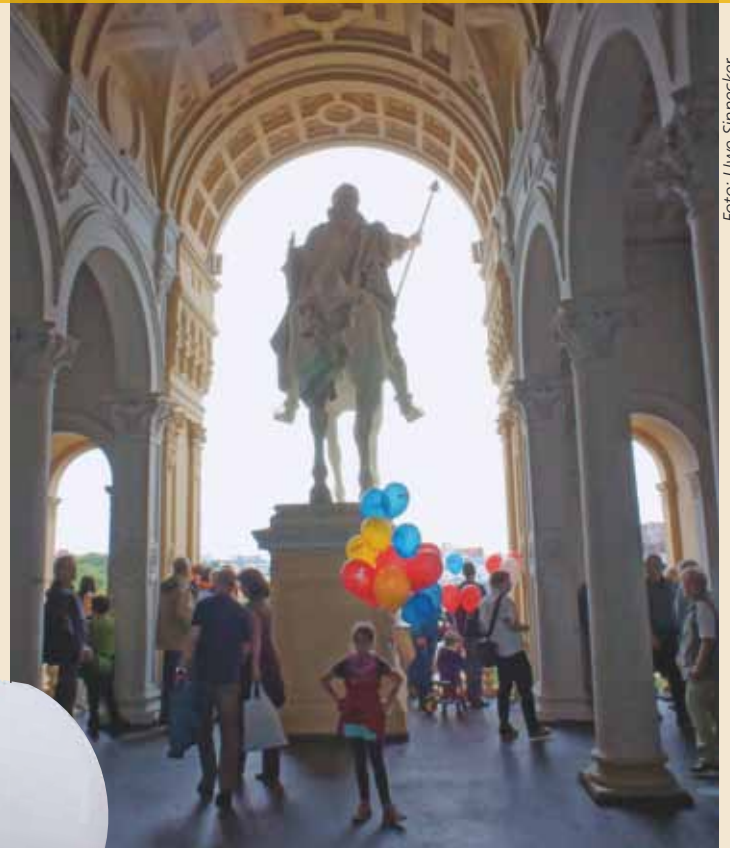


Foto: Uwe Sinnecker



Fotos: Angelika Lindenbeck



Debatten im Plenarsaal



Foto: Angelika Lmdenbeck

Es diskutierten: Brigitte Paetow (Vorsitzende des Landes-Seniorenbeirates), Lisa Prange (Teilnehmerin von Jugend im Landtag), Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Marc Reinhardt (Vorsitzender des Bildungsausschusses), Ralf Grabow (Vorsitzender des Sozialausschusses).

Ein Land für Jung und Alt

Der demographische Wandel als Chance für Mecklenburg-Vorpommern

■ Der demografische Wandel in Mecklenburg-Vorpommern war das Thema der ersten Podiumsdiskussion, die schon am Vormittag viele interessierte Zuhörer fand. Die Einwohnerzahl wird – so stand es im Strategie-Bericht der Landesregierung – bis zum Jahr 2030 von jetzt 1,6 Millionen auf 1,4 Millionen sinken, das Durchschnittsalter dagegen um sechs Jahre auf 51 Jahre steigen. Insbesondere junge Frauen haben Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zufolge das Land verlassen. Aber ältere Leute entdecken die Region zwischen Ostsee und Seenplatte für sich, betonte der junge CDU-Politiker Marc Reinhardt. Die Zuwanderung müsse man als Chance begreifen, waren sich alle fünf Gesprächspartner einig. In MV vollziehe sich der demografische Wandel eben früher als anderswo, sagte Brigitte Paetow, Vorsitzende des Landes-Seniorenbeirates und mit 71 Jahren älteste Teilnehmerin auf dem Podium. „Jugendpolitik ist zugleich auch Seniorenpolitik“, schlug sie eine Brücke zur Jüngsten im Bunde, der 20-jährigen Lisa Prange. Die gebürtige Rostockerin sieht durchaus Gründe, im Land zu bleiben. Keine Studiengebühren, gut ausgestattete Universitäten und ein Kita-Platz für jedes Kind, zählt sie unter anderem auf. Den Senioren muss dem FDP-Abgeordneten Ralf Grabow nach bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Dazu zählt er auch einen gut ausgebauten Nahverkehr, der Flexibilität im Flächenland ermöglicht, eine abgesicherte Pflege und altersgerechtes Wohnen. Forderungen, die jüngst auch das Altenparlament an die Landespolitik richtete.

Leserbrief

Uns Besuchern als Vertreterinnen der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur fehlte in dieser Diskussionsrunde der Bezug zu Kunst und Kultur. Gerade wenn es um die Verbesserung von Lebensqualität und Attraktivität in unserem wunderschönen Bundesland mit seinen 1000 Seen und 2000 Baudenkmalen geht, sollten Kunst und Kultur nicht unberücksichtigt bleiben. So ziehen sowohl Theater und Museen als auch soziokulturelle Zentren und ansässige Künstler nicht nur ältere, sondern auch jüngere Leute an, die sich oftmals gerade auch wegen einer interessanten Kulturlandschaft zum Leben in der Region entscheiden. Soziokulturelle Zentren und Initiativen zählen als die „verbindenden Lichterketten“ zwischen den Kulturleuchttürmen unseres Landes Tausende Besucher, halten vom professionellen Kulturevents bis zur Mitgestaltungskultur eine bunte Vielfalt vor und prägen den kulturellen Reichtum. Dabei geht es nicht zuletzt um den Dialog der Kulturen und Religionen, um Teilhabesicherung und Chancengleichheit für alle Generationen. Und Kultur macht glücklich, weil man rezipieren und selbst agieren kann.

Gerlinde Brauer-Lübs, Geschäftsführerin des Soziokulturellen Bildungszentrum Neubrandenburg e. V. und stellv. Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur MV e. V.

Tag der offenen Tür im Landtag

Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser?

Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen

Um Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen drehte sich eine kontroverse Podiumsdiskussion zum Datenschutz. Nach Meinung von Dr. Armin Jäger (CDU) macht eine Kameraüberwachung beispielsweise auf Bahnhöfen durchaus Sinn. Die Polizei könne schließlich nicht überall sein. Nach Ansicht von Andreas Bluhm (DIE LINKE) ist das ein „zweischneidiges Schwert“. Einen Nachweis, dass Videoüberwachung zu sinkender Kriminalität führt, gebe es nicht. Für den liberalen Abgeordneten Hans Kreher steht im Vordergrund, dass es genaue gesetzliche Vorschriften gibt, die dann auch eingehalten werden müssen. Dem pflichtete auch Rudolf Borchert (SPD) bei. Zudem müsse an dem Ort, an dem eine Kamera angebracht werden soll, ein begründeter Verdacht auf erhöhte Kriminalität bestehen, und es müsse sicher sein, dass die aufgezeichneten Daten nach kurzer Zeit wieder gelöscht werden. Für die öffentlichen Einrichtungen gibt es dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Reinhard Dankert, zufolge bereits strenge Vorschriften. Allerdings sei kürzlich bei einer Überprüfung eine ganze Reihe von Verstößen aufgefallen. Zum Beispiel hätten oft die vorgeschriebenen Schilder gefehlt, die auf die Videoüberwachung hinweisen. Generell verboten seien Kameras dort, wo es um die Privatsphäre geht, wie beispielsweise in Toiletten oder Umkleieräumen. Die Kamera, da waren sich alle Podiumsteilnehmer einig, ersetzt keine Polizisten, Hausmeister oder Wachleute. Zudem müssten die Bürger darauf achten, nicht von sich aus zu viele Daten über ihre Person preiszugeben.

Modern und bürgernah

Ein neuer Plenarsaal für den Landtag



Foto: Angelika Lindenbeck

Auch eine Ausstellung und eine Gesprächsrunde zum Architektenwettbewerb für einen neuen Plenarsaal fand viele Interessenten. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Jury-Vorsitzender Joachim Brennecke und BBL-Vertreter Michael Bleyder erläuterten die Pläne und beantworteten Fragen rund um dieses Thema.

Den Landtag schon mit 16 wählen?



Fotos: Dirk Lange

Das war spannend – für die Schülerinnen vom Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar ebenso wie für die beiden Abgeordneten und die Zuschauer. Eine Debatte auf Augenhöhe, bei der jeweils eine Schülerin und ein Abgeordneter ein Team bildeten: Caroline Woderich und Helmut Holter pro, Rea Hoxha und Heinz Müller kontra. Beide Seiten hatten gute Argumente.

Dass bei der Debatte klare Regeln einzuhalten sind, war für die beiden Wismarerinnen klar – schließlich haben sie das im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Jugend debattiert“ trainiert. Aber auch die Politiker überzeugten mit ihrem professionellen Auftritt. Zum Schluss gab es Lob füreinander von beiden Seiten – und viel Applaus vom Publikum.

Tag der offenen Tür im Landtag



Informationen, Gespräche und Unterhaltung an den Info-Ständen der Fraktionen im Schlossinnenhof.



Fotos: Angelika Lindenbeck





Sommerfest

des Landtages



Vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause lud der Landtag am 29. Juni wieder zu seinem traditionellen Sommerfest ein. Rund 500 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur, von Vereinen und Verbänden nutzen die Gelegenheit zum Treffen mit den Abgeordneten fernab der politischen Bühne. Ehrengäste waren diesmal auch zahlreiche Unterstützer der Demokratie-Initiative „WIR. Erfolg brauch Vielfalt“. Diesem Bündnis kommt auch der Erlös einer Tombola zugute, bei der die Gäste eine Vielzahl größerer und kleinerer Preise gewinnen konnten.

Hauptthema des NDR-Nordmagazins am 29. Juni ist die Bekanntgabe der Ergebnisse einer aktuellen Wahl-Umfrage, die das Institut Infratest im Auftrag des NDR durchgeführt hatte. Bei einer Live-Schaltung zum Sommerfest befragt der NDR-Reporter Felix Pankok die Spitzenkandidaten von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP zu ihrer Einschätzung der Umfrageergebnisse.



Trommlergruppe ATARINAS von der Kunst- und Musikschule ATARAXIA



Erwin Sellering (SPD) und Lorenz Caffier (CDU)



Helmut Holter (DIE LINKE) und Gino Leonhard (FDP)

*modern
informativ
unterhaltsam*

(Adressfeld für Abonnenten)

Die neue Internetseite des Landtages: www.landtag-mv.de

Ab 1. August online!

